

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS



Nr. 57

MAI/JUNI 1988

DM 1,-

Massenmobilisierung von Arbeitern/Immigranten!

Stoppt Nazi-Provokationen!

1. Mai 1988: Von Schleswig-Holstein bis zum Ruhrgebiet starteten die im Wiederaufstieg begriffenen westdeutschen Faschisten eine Welle nationalistischer Rassenhaß-Provokationen. Sie waren zweifellos durch den französischen Faschisten Le Pen und seine Provokation vom 1. Mai weiter ermutigt worden. Diese Nachfolger von Hitlers Braunhemden haben mit einer Frechheit, die seit dem Dritten Reich ihresgleichen sucht, an diesem traditionellen Kampftag der internationalen Arbeiterklasse ihre Provokationen gestartet. Sie kündigen damit an, daß nicht nur Immigranten, andere Minderheiten und Linke Zielscheibe ihres mörderischen Terrors sind, sondern die organisierte Arbeiterbewegung mit ihren mächtigen Gewerkschaften im DGB.

Heute sind in Westdeutschland die Faschisten noch klein, schwach und zerstritten. Doch es gibt keine Zeit zu verlieren! Die Lektionen der Geschichte müssen gelernt werden! Wir können nicht warten, bis sie Tausende mobilisieren können. Jetzt ist die Zeit für militante Massenmobilisierungen von Arbeitern/Immigranten, in Deutschland wie in Frankreich, um die Faschisten zu stoppen!

In Lübeck kündigte die NPD eine „Deutschlandtreffen“-Provokation für den 1. Mai an. Etwa 900 antifaschistische Demonstranten erteilten zwar einer Bande junger NPD-Schläger eine wohlverdiente Lektion, doch die Nazis verlegten ihre Kundgebung nach Travemünde-Priwall, wo sie mit 100 Teilnehmern durchgeführt wurde.

Aber die bedrohlichste Provokation kam im industriell schwer angeschlagenen Ruhr-



TLD bei antirassistischer Demonstration in Westberlin am 23. April. Losung auf Türkisch lautet: „Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!“

gebiet: Kühnen, im Stechschritt als die „neue SA“ auftretend, kündigte an, daß er vom abgelegenen Umland aus, wo solcher Abschaum gewöhnlich lauert, in dieses proletarische Ballungszentrum einfallen und vor Tor I der Rheinhausener Krupp-Hütte eine Nazi-„Gewerkschaft“ gründen würde. Die Botschaft war klar: fast genau 55 Jahre nach-

dem SS-Banden vier Gewerkschaftsfunktionäre in Rheinhausen erschlagen hatten, als Hitlers Killer die Arbeiterorganisationen in ganz Deutschland brutal zerschmetterten.

Die antifaschistischen Mobilisierungen in Rheinhausen brachten einige Tausende zusammen, während es nur 40 Faschisten schafften, sich auf einer Autobahnraststätte

in Bottrop zusammenzurotten, wo schon eine weitere Gegenmobilisierung auf sie wartete. Aber trotz dieses Sieges desorganisierten Verwirrung und Zerstrittenheit die Proteste am 1. Mai in gefährlicher Weise, und dies hat hauptsächlich die SPD zu verantworten. Sie arbeiteten im Verbund: Die nordrhein-westfälische SPD-Regierung hatte Kühnens Provokation „verboten“ (und erklärte praktisch Rheinhausen für die Arbeiterbewegung als gesperrt), und die DGB-Spitzen verlegten die offizielle Demo zum 1. Mai nach Duisburg-Hamborn.

2000 Linke, darunter auch Krupp-Arbeiter, Deutsche und Immigranten, führten eine Gegendemonstration in Rheinhausen durch. Einer der Organisatoren, die MLPD, lehnt den Kampf ab, die organisierte Macht der IG Metall zur Zerschlagung der Faschisten zu mobilisieren. DKP/VVN führten vor Tor I eine Kundgebung durch. Ein massives Polizeiaufgebot stellte in bedrohlicher Weise die Hütte effektiv unter Polizeikontrolle.

Nach dem SPD-Ausverkauf des Kampfes gegen die Schließung der Rheinhausener Krupp-Hütte wollten die Arbeiter von einer Parade in Hamborn überhaupt nichts hören und stimmten am 1. Mai mit den Füßen ab. Es gibt auch eine breite antirassistische Solidarität mit den eingewanderten Arbeitern. Eine entschlossene klassenkämpferische Führung hätte starke Kontingente der IG Metall, IG Bergbau und anderen Gewerkschaften für eine wirkliche Einheitsfrontaktion gewinnen können, die den Weg ge-

Fortgesetzt auf Seite 14

Paris: Faschisten provozieren am 1. Mai

Begrabt Le Pen in Bitburg!

Am 8. Mai errang Präsident François Mitterrand in der zweiten Runde der französischen Präsidentschaftswahlen einen entscheidenden Sieg über den gaullistischen Premierminister Jacques Chirac. Doch die instabile Lage, hervorgerufen durch die „Kohabitation“ zwischen dem „Sozialisten“ Mitterrand und einer rechtsgerichteten Parlamentsmehrheit, die sich aus Chiracs RPR und Raymond Barres UDF zusammensetzt, blieb weiter ungeklärt. Aber vor allem war es für den linken Jean-Marie Le Pen die Gelegenheit, seine faschistische Nationale Front als die Speerspitze der reaktionären Opposition gegen Mitterrand anzubieten.

Denn es waren die Ergebnisse des ersten Wahlgangs am 24. April, die Millionen in Frankreich und ganz Europa schockierten. Le Pen – der Folterknecht bei den Fallschirmjägern im schmutzigen Kolonialkrieg in Algerien, der Mann, dem seine Erklärung, Hitlers Gaskammern wären nur ein historisches „Detail“, internationale Verachtung einbrachte, der Einpeitscher von Terror gegen Immigranten – hatte über 14 Prozent der Stimmen gewonnen. Von Amiens im Norden bis Marseille im Süden, in vielen Städten, einschließlich der Region Paris, ging Le Pen

als zweiter durchs Ziel, übertroffen nur von Mitterrand. Während Le Pen seine weitverbreitete Basis bestätigte, war das Ergebnis der Kommunistischen Partei (KPF), historisch die Partei des militanten französischen Proletariats, mit 6,8 Prozent katastrophal. Es war ihr niedrigstes Ergebnis seit den zwanziger Jahren und lag um zwei Drittel unter dem der letzten Präsidentschaftswahlen.

Am 1. Mai führte Le Pen in Paris eine sinnlose Provokation gegen die Arbeiterklasse durch. Bei seiner Mischung von 1. Mai und Jeanne d'Arc wollte der Faschistenführer unter den Parolen von „Vaterland“ und „Arbeit“ seine Truppen inspizieren. Beinahe 25 000 Leute marschierten auf und schrien: „Frankreich den Franzosen“ – Codewörter für Angriffe auf Immigranten. Diese faschistische Demonstration war nicht das massenhafte Zusammenströmen, das sich die Natio-

nale Front nach ihrem spektakulären Durchbruch bei den Wahlen erhofft hatte. Abgesehen von einem harten Kern von etwa 2000 faschistischen Schlägertypen mit militärischem Haarschnitt, ehemalige Fallschirmjäger und lumpenproletarisierte Elemente, bestand die Masse der Leute aus Ladenbesitzern aus der Provinz. Doch die Tatsache, daß die Demonstration am internationalen proletarischen Feiertag stattfinden konnte, ist ein Skandal. Sie war nur möglich aufgrund des Verrats der Irreführer von KPF und SP, die die antifaschistische Wut zerstreute anstatt Le Pens Provokation wegzufegen.

Die traditionelle 1.-Mai-Demonstration von Gewerkschaftern und Immigranten – die in zwei Blöcken stattfand, der eine unter dem Banner des KP-geführten Gewerkschaftsverbands CGT und der andere hinter dem Aufruf der sozialdemokratischen CFDT und

FEN (Lehrgewerkschaft) – hatte erheblich größeres Gewicht, sowohl zahlenmäßig als auch in sozialer Hinsicht. Aber die reformistischen Bürokraten hielten absichtlich eine passive Protestdemonstration ab. Hätte man zu einer gut organisierten Einheitsfrontmobilisierung der gleichen 70 000 oder 100 000 Arbeiter zum gleichen Ort wie die Demonstration der Nationalen Front aufgerufen, dann wäre die Faschistenparade nicht zustande gekommen. Ein massiver und disziplinierter Ordnertrupp (und die CGT weiß, wie man einen organisiert) hätte die Faschisten glatt gestoppt. Der Ladenbesitzer, der Le Pen gefolgt war, hätte sich beim Aussteigen aus seinem Bus entschlossen, doch lieber den Eiffelturm oder die Folies Bergères besichtigen zu gehen!

Aber ohne revolutionäre Führung wurde

Fortgesetzt auf Seite 14

Der Bolschewik Trotzki..... 3

Deutschland: Lehren des Klassenkampfes 1919-33... 8

Türkei: Blutige Repression gegen Arbeiter, Linke, Kurden

Freiheit für Kutlu und Sargin!

Am 16. November wurden Dr. Nihat Sargin und Haydar Kutlu festgenommen, als sie auf dem Flughafen von Istanbul aus ihrem Flugzeug stiegen. In Handschellen und mit verbundenen Augen wurden sie in das berüchtigte „Labor für tiefgehende Ermittlungen“ des Sicherheitspräsidiums gebracht. Zu der Zeit war Sargin der Generalsekretär der Türkischen Arbeiterpartei (TIP) und Kutlu der Generalsekretär der „offiziellen“ moskautreuen Kommunistischen Partei der Türkei (TKP). Die beiden Parteiführer machten sich auf den Weg, nachdem zuvor eine Menge Öffentlichkeitsarbeit vorausgegangen war, und wurden durch eine 30 Leute starke Delegation aus Rechtsanwälten, Journalisten und Mitgliedern des Europäischen Parlaments

und die „Errichtung einer illegalen Organisation, die auf den Umsturz der verfassungsmäßigen Ordnung abzielt“. Zwei der Verteidiger sind ebenfalls angeklagt, zusammen mit 12 anderen Personen, von denen die Staatsanwaltschaft behauptet, daß sie in Zusammenhang mit Aussagen verhaftet wurden, die Kutlu und Sargin gemacht hätten. Der Prozeßbeginn ist auf den 8. Juni angesetzt.

Seit dem NATO-Militärputsch im September 1980 wurden eine halbe Million Menschen verhaftet. Der Gewerkschaftsverband DISK wurde verboten und viele seiner Führer ins Gefängnis geworfen. Folter wird systematisch angewandt und ist allgegenwärtig. Etwa seit dem letzten Jahr hat das Regime

Austeritätsherrschaft des Evren-Regimes gegeben. Am 1. Mai stießen Hunderte von Gewerkschaftern auf Istanbuls Taksim-Platz mit der Polizei zusammen. Eine Demonstration von Studenten später am Tag führte zu 70 Festnahmen. Auch in Ankara und Izmir gab es Dutzende von Festnahmen. In Trabzon drohte Präsident Evren, daß das Militär wieder eingreifen würde, wenn die Proteste weitergingen. Mittlerweile geht die völkermörderische Unterdrückung der Kurden im Osten der Türkei ununterbrochen weiter, was durch die Appetite der türkischen Bourgeoisie auf die irakischen Ölfelder um Mosul und Kirkuk noch verschärft wird. Die Zustände in den Gefängnissen im Süden und Osten der Türkei, wie im berüchtigten Militärgefängnis von Diyarbakir, sind noch schlimmer als im Rest des Landes. Für Kurden ist es ein Verbrechen, ihre eigene Sprache auch nur zu sprechen oder zu schreiben.

Um „einen historischen Schritt für die Demokratie in der Türkei“ zu unternehmen und ihren Beitrag zur „Demokratisierung unseres Landes“ zu leisten, hat sich die TBKP dabei überschlagen, der türkischen Bourgeoisie ihre Loyalität und ihre legalen Absichten zu versichern. Der Programmtext der TBKP betont ausdrücklich, daß ihre „demokratische alternative Politik“ „innerhalb des Rahmens des Kapitalismus“ liegt. Indem die TBKP zu einer „demokratischen“ und „friedlichen“ Lösung der kurdischen Frage aufruft, nicht jedoch für Selbstbestimmung, und indem sie erklärt, daß alle Meinungen erlaubt sein sollten, solange sie „nicht in Gewalt umgesetzt werden“, distanziert sie sich von jeder Verteidigung des kurdischen Widerstands gegen türkische Unterdrückung oder der Tausenden von Linken, die vom türkischen Staat wegen Gewaltanwendung angeklagt werden. Und wo sie schon die Diktatur des Proletariats zurückgewiesen haben, geht die TBKP noch weiter und akzeptiert den Rahmen der NATO-Zugehörigkeit. Dies stimmt vollkommen mit Gorbatschows Drang nach friedlicher Koexistenz mit dem Imperialismus überein. In der Tat wurden am gleichen Tag, an dem Kutlu und Sargin in die Türkei zurückkehrten, die beiden von der TBKP kontrollierten Radiosender, die von Osteuropa aus sendeten, „im Interesse der Demokratie“ geschlossen.

In ihrer Suche nach einer „friedlichen“, „demokratischen“ und „legalen“ Existenz lieferten sich die TBKP-Führer Kutlu und Sargin selbst an die unmenschlichen türkischen Militärbehörden aus. Die rivalisierende, linksstalinistische Kommunistische Partei der Türkei (TKP), geführt von R. Yurukoglu und um die Zeitung *İşçinin Sesi* gruppiert, antwortete auf die Rückkehr und Verhaftung der „offiziellen“ KP-Führer mit der Veröffentlichung eines Artikels unter der Überschrift „Kutlu und Sargin sind Verräter“ (*İleri*, 15. Dezember 1987), in dem sie kein Wort zu deren Verteidigung äußern. Wie schlimm auch immer der unbestreitbare Reformismus und die Verräterei der TBKP sein mögen, die Weigerung von TKP/*İşçinin Sesi*, die Freilassung von Kutlu und Sargin, die von Folter und Ermordung bedroht sind, aus den Händen der türkischen Sicherheitspolizei zu fordern, ist ein Akt kriminellen Sektierertums.

Die Kehrseite dieses Sektierertums ist Weichheit gegenüber dem bürgerlichen Staat. So argumentiert die TKP, daß nach einer Abschaffung rechtlicher Mittel gegen verbotene politische Parteien durch die Bourgeoisie „nicht nur die falschen Kommunisten, sondern die wirkliche faschistische Bewegung, die sich auf der Basis des religiösen Fanatismus organisiert, entfesselt würde“. Die offensichtliche Schlußfolgerung ist, daß Gesetze, die die Faschisten verbieten, im Interesse der Arbeiterklasse wären. Aber diese Ansicht stimmt überein mit der falschen Strategie, eine klassenkollaborationistische „Volksfront gegen Faschismus“ mit einem Teil der „demokratischen“ Bourgeoisie aufzubauen. 1984 befürwortete es *İşçinin Sesi*, unter dem Vorwand, die „Demokratie zu verteidigen“, daß Arbeiter in Kommunal-



Nihat Sargin und Haydar Kutlu

kein Bildnachweis

begleitet. Ihr erklärtes Ziel war es, an dem „Demokratisierungs“prozeß in der Türkei mitzuwirken und ihre gerade erst vereinigte Partei, die Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei (TBKP), als legale Organisation zu etablieren. Die gegen sie gerichteten Anklagen könnten ihnen beiden zusammen 1000 Jahre Gefängnis einbringen.

Als sie nach 19 Tagen Einzelhaft vor Gericht erschienen, sagten sie aus, daß sie gefoltert worden waren. Sie gaben an, daß sie mit verbundenen Augen verhört wurden, daß sie unter Schlafentzug standen, daß sie gezwungen wurden, stundenlang nackt zu stehen, daß sie Elektroschocks bekamen und daß ihnen Medikamente injiziert wurden. Der 60jährige Sargin wurde getreten, mit eiskaltem Wasser abgespritzt und mit den Armen an der Decke aufgehängt. Die beiden Parteiführer sind unter den berüchtigten Artikeln 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches angeklagt, denen die faschistischen italienischen Gesetze Mussolinis von 1936 als Modell gedient hatten. Die Anklagen umfassen die „Erstellung kommunistischer Propaganda“, die „Beleidigung des Präsidenten“

von General Evren und Premierminister Özal versucht, ein Image von Stabilität und der Rückkehr zur Demokratie zu fördern, verbunden mit seinen Bestrebungen, Zugang zur Europäischen Gemeinschaft zu erhalten. 1987 wurde es den bis dahin verbannten bürgerlichen Politikern wie Ecevit, Demirel und Erbakan gestattet, wieder politische Aktivitäten aufzunehmen. Und Alparslan Türkeş, der Führer der faschistischen Grauen Wölfe, hat wieder freie Hand beim Organisieren seiner Mordkommandos. Gleichzeitig unterliegen eine halbe Million Menschen Reisebeschränkungen, wird Zensur ausgeübt und sind viele Gewerkschaften verboten. Es gibt immer noch Tausende politischer Gefangener: 400 droht die Todesstrafe. Anfang Mai forderte der Militärstaatsanwalt in einem Massenprozeß gegen angebliche Anhänger der guevaristischen Dev-Yol-Gruppe die Todesstrafe für 74 Angeklagte und Gefängnisstrafen bis zu 20 Jahren für weitere 450 der 732 Angeklagten.

In den letzten 18 Monaten hat es jedoch eine neue Welle von Arbeiterstreiks und studentischen Kämpfen gegen die gewalttätige

Flugpersonal kämpft für das Leben von Immigranten

Fünf Mitglieder des fliegenden Personals der Lufthansa setzten ein Zeichen menschlicher Anständigkeit und des Internationalismus: Sie wollen sich nicht zum Handlanger der Bundesregierung dabei machen lassen, politische Flüchtlinge abzuschicken. Sie reichten Ende April mit Unterstützung der ÖTV eine Klage beim Frankfurter Arbeitsgericht ein und sind bereit, bis zum Bundesarbeitsgericht zu prozessieren. 6000 politische Flüchtlinge werden jährlich per Lufthansa ihren Folterknechten und Henkern ausgeliefert. Flugkapitän Ulrich Westermann sagt: „Ich wirke schließlich an der Abschiebung mit, indem ich die Leute fliege.“ Und der Purser Ralf W. will ebenfalls nicht „Hilfspolizist“ sein (*Die Zeit*, 29. April).

Auch der Westberliner Betriebsrat der US-Fluggesellschaft Pan Am will das „Recht auf Verweigerung der Arbeitsleistung“ einklagen. Im letzten Oktober nämlich weigerte sich ein Flugkapitän der Pan Am, einen gefesselten und blutenden Kurden nach Istanbul zu bringen, und ließ ihn von einem Flughafenarzt untersuchen. Dem Steward und dem Betriebsrat, die den kurdischen Immigranten zum Arzt begleiteten, wurde von der französischen Militärverwaltung daraufhin vorübergehend der Flughafenausweis entzogen.

Die gesamte Arbeiterbewegung muß die Kollegen von Lufthansa und Pan Am unterstützen. Nur durch entschlossene Arbeiteraktion wird auch Zimmermanns Verschärfung des „Asyl“- und „Ausländerrechts“ zu Fall gebracht werden. Der internationalen „Solidarität“ der Bosse muß die proletarische Klassensolidarität entgegengesetzt werden. Nieder mit der Abschiebepolitik und dem „Ausländer“-gesetz! Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!

wahlen für die bürgerliche SODEP-Organisation stimmten.

Um die unaufhörliche Unterdrückung der Kurden und die endlose Aufeinanderfolge von blutigen Militärputschen und brüchiger bürgerlicher Demokratie zu beenden, muß eine leninistisch-trotzkistische Partei aufgebaut werden, die die arbeitenden Massen der Türkei in den Kampf um die Arbeiterrevolution zum Sturz des Kapitalismus führt. Befreit Kutlu und Sargin! Freilassung aller Gefangenen des Klassenkriegs! Verteidigt die Sowjetunion – zerschlagt die NATO! Für das Recht der Kurden auf Selbstbestimmung – für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan! Zerschlagt das bonapartistische NATO-Militärregime – für Arbeiterrevolution!

Übersetzt aus Workers Hammer
Nr. 98, Juni 1988



Dokumente der iST in Türkisch

Trotzkismus gegen Stalinismus – Polen und TKP/L
Grundsatzklärung der Spartacist League
Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan
(in *Spartakist* Nr. 51)

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11

DM 2,-
DM -,50
DM 1,-

SPARTAKIST

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
internationale Spartacist Tendenz

REDAKTION: Werner Brasch, Marianne Clemens, Barbara Köhler, Silvia Lenz (herausgebende Redakteurin), Renate Müller, Mark Richard, Carola Rosen (Produktion), Max Schütz (Vorsitzender), Fred Zierenberg

VERTRIEB: Stephan Fröhlich

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH:
C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
2000 Hamburg 11, Postfach 11 02 31

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion. Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.
ISSN 0173-7430

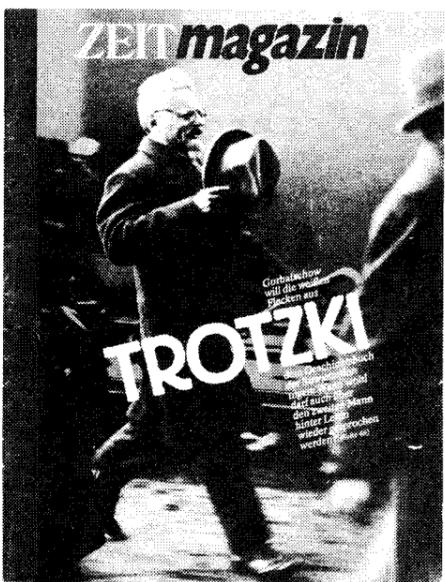
Ein Gespenst geht um in Deutschland ...

Der Bolschewik Trotzki

Es vergeht kaum eine Woche, ohne daß in der westdeutschen Presse – von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)*, Sprachrohr des Establishments, bis zum neulinken Überbleibsel *tageszeitung (taz)* – ein großer Artikel über Leo Trotzki erscheint. Hartnäckig wird den heutigen sowjetischen Führern die Frage gestellt: werden sie Lenins Waffengefährten, der mit ihm die bolschewistische Revolution 1917 führte, „rehabilitieren“, oder werden sie es nicht tun? Die prosozialdemokratische Presse – die *Frankfurter Rundschau (FR)* und *Der Spiegel* – war besonders eifrig dabei, Gorbatschow & Co. aufzufordern, Glasnost (Offenheit) konsequent durchzuführen. Gleichzeitig versucht *Die Welt* des Bolschewikenhassers und Pressebarons Axel Springer absurderweise, die heutige Politik des Kreml mit der bolschewistischen Gründer des Sowjetstaates gleichzusetzen („Seit Lenin und Trotzki heißt die Sowjet-Strategie Angriff und Sieg“, 3. Februar). Was geht hier vor sich? Warum sind Sprachrohre des westlichen Imperialismus plötzlich so interessiert daran, die sowjetische Geschichte erneut zu untersuchen? Und warum ganz besonders die Deutschen?

Die Diskussion wurde im letzten Sommer in Gang gebracht durch einen längeren Artikel im *Spiegel* (27. Juli 1987) über das Gespenst Trotzki in Gorbatschows Rußland. „Wer organisierte die Machtergreifung der Bolschewiki? Wer war der erste Außenminister des neuen Sowjetstaats, begründete die Rote Armee und siegte im Bürgerkrieg?“ fragte *Der Spiegel* und fuhr fort: „Die Antworten darauf wurden über ein halbes Jahrhundert lang in der UdSSR verfälscht: Der große Revolutionär an Lenins Seite hieß Leo Trotzki. Stalin schaltete ihn aus, verwies ihn des Landes und ließ ihn 1940 im mexikanischen Exil ermorden. Doch Trotzki's Geist irrt noch immer durch die Universitäten und Studierstuben Rußlands, in denen man sich der Ideen des Weltrevolutionärs wie einer Legende erinnert.“

Ein Foto des ersten sowjetischen Kriegskommissars, der Truppen der Roten Armee be-



Titelartikel über Trotzki im *Zeitmagazin* vom 6. November 1987 zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution

grüßt, hat die Unterschrift: „Bolschewik Trotzki“. Dieser Artikel versetzte hartgesotene Stalinisten in Moskau derart in Wut, daß *Sowjetskaja Rossija* mit einer ganzseitigen „Antwort“ darauf reagierte, mit der Überschrift: „Juduschka in neuen Farben“, eine Anhäufung von uralten Lügen, Halbwahrheiten und persönlichen Verleumdungen aus der stalinistischen Fälscherschule. In einer polemischen Bemerkung von 1912 nannte Lenin Trotzki verärgert einen „Juduschka“ und bezog sich damit auf einen Romanfigur

Die Atmosphäre der Angst hat sich bis heute erhalten

Der sowjetische Historiker Nikolaj Maslow über die führenden Personen der Sowjetgeschichte und die Suche nach der Wahrheit

Frankfurter Rundschau

Seit Lenin und Trotzki heißt die Sowjet-Strategie Angriff und Sieg

DIE WELT

Seit Lenin und Trotzki heißt die Sowjet-Strategie Angriff und Sieg

DER SPIEGEL

Seit Lenin und Trotzki heißt die Sowjet-Strategie Angriff und Sieg

Frankfurter Allgemeine

Seit Lenin und Trotzki heißt die Sowjet-Strategie Angriff und Sieg

Von rechts bis links beschäftigt sich die gesamte westdeutsche Presse mit dem Bolschewik Trotzki

des russischen Satirikers Saltikow-Schtschedrin. In den frühen dreißiger Jahren versuchten Stalins Gerichtemacher in Moskau, die Verleumdung aufzustellen, Lenin hätte Trotzki einen „Judas“ genannt. Jetzt kehrt die *Sowjetskaja Rossija* zur gleichen Macht historischer Verleumdung zurück.

Zum Jahrestag der bolschewistischen Revolution veröffentlichte die einflußreiche liberale Wochenzeitung *Die Zeit* (6. November 1987), deren Mitherausgeber und Vorstandsmitglied der langjährige SPD-Führer und Ex-Kanzler Helmut Schmidt ist, einen Titelartikel über Trotzki im *Zeitmagazin* (der „zweite Mann“). Eine Zwischenüberschrift lautet: „Lenin und Trotzki einig: „Alle Macht den Sowjets“. Der Autor, Rainer Pöschl, betont das Zusammenkommen der beiden bolschewistischen Führer, markiert durch Lenins „Aprilthesen“, die zur proletarischen Revolution in Rußland aufriefen, und fügt hinzu: „stalinistische Parteihistoriker haben später Berge von Papier darauf verschwendet, das abzustreiten“. Die Titelseite erwähnt Gorbatschows Aufruf, die „weißen Flecken“ in der sowjetischen Geschichte abzuschaffen, und fragt: „Wann wohl darf auch über den zweiten Mann hinter Lenin wieder gesprochen werden?“

Die *FR* (12. Januar) stürzt sich begierig auf die neuesten Äußerungen von Juri Afanassjew, dem Direktor des Moskauer Instituts für Geschichte und Archivwesen, der dazu aufruft, die Namen aller Opfer von Stalin zu nennen und die Wahrheit über sie zu schreiben, einschließlich Trotzki, Kamenjew und Sinowjew. Am gleichen Tag, an dem Gorbatschow zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution seine Rede zur sowjetischen Geschichte hält, veröffentlicht die *FR* (2. November 1987) ein Interview ihrer Moskauerkorrespondentin Elfie Siegl mit dem sowjetischen Parteihistoriker Nikolai Maslow, der erklärt: „Es ist absolut notwendig, die Archive zu öffnen.“ Die *Münchener Süddeutsche Zeitung* (SZ, 4. Februar) spricht mit dem Dramatiker Michail Schatrow, der sagt, „Trotzkij muß in der Tat in unserer Geschichtsschreibung der Platz zugewiesen werden, der ihm entsprechend seiner wirklichen Rolle in der Vergangenheit zukommt ...“, während er ihn gleichzeitig als Antibolschewiken in den Dreck zieht. Und als eine vom sowjetischen Politbüro ernannte Kommission Rakowski, Rykow und zwei andere Opfer von Stalins Moskauer Prozessen für unschuldig erklärt, fragt die westdeutsche bürgerliche Presse, wie es denn mit dem angeblichen „Block der Rechten und Trotzkisten“ steht?

Wie weit geht Glasnost? Nicht allzu weit, antwortet die *FAZ* (22. Februar). Ein Essay mit dem Titel „Blick nach vorn auf Trotzki

und Stalin“ von Dr. Klaus Leciejewski erörtert Gorbatschows erzstalinistische Anklagen gegen Trotzki und den Trotzkismus in der Rede des sowjetischen Führers zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution vom 2. November 1987. Trotzki zu rehabilitieren, so schreibt Leciejewski, würde „die Legitimität der Sowjetunion fraglich“ machen. Nicht die Legitimität des Staates, der aus der Oktoberrevolution hervorging, Herr Professor, sondern die der stalinistischen Bürokratie, die Lenins Namen usurpierte und das leninistische Programm über Bord warf – zu diesem Zweck mußte Stalin die gesamte Alte Garde der Bolschewiki ermorden! (Dies ist ausführlich dargelegt in „Kehrt zum Weg Lenins und Trotzki zurück!“, *Spartakist* Nr. 55, Januar/Februar.)

Immerhin zeigt der *FAZ*-Experte mehr Geschichtssinn als der Schwarm vorgebllicher Trotzkisten, die den Kreml auffordern, Trotzki zu rehabilitieren. Leciejewski folgert: „Man kann nicht erwarten, daß die sowjetische Parteiführung die Begründung für ihre Existenz aufgibt.“ So argumentiert er, daß eine historisch genaue Darstellung Trotzki's scharf die Frage Sozialismus oder Kapitalismus stelle ... da er als Sprachrohr des westdeutschen Imperialismus denkt, dies würde denjenigen eine Öffnung verschaffen, die das Erbe des Roten Oktober vernichten wollen! Der deutsche Imperialismus will Glasnost für seine eigenen konterrevolutionären Ziele benutzen. Die Sozialdemokraten und ihre bürgerlichen Herren sehen, daß die Wahrheit über Trotzki für die Stalinisten Sprengstoff ist. Aber man kann ihnen kaum Sympathien für den großen Revolutionär vorwerfen – die Nemesis sowohl für die Kremlbürokratie als auch für die Bourgeoisien der ganzen Welt –, der donnernd den Verrat der deutschen Sozialdemokratie gegen die junge sowjetische Republik verurteilte. Der Herausgeber des *Spiegel* (9. Mai), Rudolf Augstein, sagt hoffnungsvoll, „die Freigabe der Vergangenheit“ könnte „den Sturz des gesamten Sowjet-systems von Lenin bis Gorbatschow“ hervorbringen, und gibt die Meinung von sich, der „hochfahrende Trotzki“ wäre ein Diktator gewesen ... und auch „Lenin war einer.“ Augstein vergleicht nicht nur Hitler positiv mit Stalin, denn: „Unser ‚Führer‘ hat ja nie seine Schergen liquidiert“, sondern nur „Gegner“, er fügt auch groteskerweise hinzu: „Den Komplex Auschwitz müssen wir hier weglassen!“

Die SPD versucht seit langem, die heroischen Persönlichkeiten des Kommunismus, von Marx und Engels bis zu Luxemburg und Liebknecht, gegen den Stalinismus auszunutzen. In den vierziger Jahren strahlte der RIAS (amerikanischer Radiosender in West-

berlin) Programme über Rosa Luxemburg nach Ostdeutschland, in denen er versuchte, die Gründerin der Kommunistischen Partei Deutschlands zur Antikommunistin umzuflügen. Im gleichen Geist trugen prowestliche „Dissidenten“ am 17. Januar in Ostberlin Banner mit einem Zitat von Luxemburg über „Demokratie“. Es ist sogar möglich, daß die Sozialdemokraten für ihre zynischen Zwecke Trotzki vorziehen, da Rosa Luxemburgs Blut an ihren Händen klebt. Aber das heißt, mit dem Feuer zu spielen. Denn nicht nur die Kremlbürokratie, sondern auch die imperialistischen Bourgeoisien müssen darüber besorgt sein, daß das „Ausfüllen der weißen Flecken“ der sowjetischen Geschichte „zu weit“ gehen könnte, daß Gorbatschow Kräfte entfesseln könnte, die er nicht kontrollieren kann. Eine auf den Kommunismus orientierte Arbeiterbewegung könnte im Trotzkismus die authentische linke Opposition gegen Stalins Erben finden.

Deutscher Stalinismus und Glasnost

Ob die Stalinisten es nun mögen oder nicht – und die Bürokraten in der DDR mögen es bestimmt nicht –, die durch Glasnost hervorgerufene politische Gärung wurde nach Deutschland exportiert. Im letzten Sommer skandierten mehrere tausend ostdeutsche Jugendliche am Brandenburger Tor, die versuchten, einem Rockkonzert auf der anderen Seite der Berliner Mauer zuzuhören. „Die Mauer muß weg“, aber sie sangen auch die Internationale und skandierten „Wir wollen Gorbatschow“, (siehe „Das geteilte Deutschland und Gorbatschows Glasnost“, *Spartakist*-Extra, Oktober 1987). Berichten zufolge sind jetzt Graffiti mit dem Namen des sowjetischen Führers für U-Bahnpassagiere am frühen Morgen in Ostberlin zu einem vertrauten Anblick geworden. Die deutschen stalinistischen Parteien – von der Regierungspartei SED in der DDR bis zu ihrem Westberliner Anhängsel SEW und der westdeutschen DKP – befinden sich in Aufruhr, seit ihre Mitglieder lange Zeit verbotene entscheidende Fragen der Revolution diskutieren, offen oder hinter den Kulissen.

Besonders die DKP war nicht in der Lage, die Frage über Trotzki unter den Teppich zu kehren. Im Gegenteil, am 19. November 1987 wurde eine DKP-Veranstaltung über „Trotzki und die Russische Revolution“ in ihrer Ernst-Thälmann-Bibliothek in Hamburg abgehalten; Rainer Pöschl war als Redner angekündigt. Aber mit Pöschls Kaffeeklatsch über den „Menschewik Trotzki“ vor 1917 waren selbst DKPler im Publikum nicht

Fortgesetzt auf Seite 4

Die Einnahme der Hauptstadt

Debatte über den Trotzkismus fegt durch die Seiten der *roten blätter*. „Warum Angst vor Offenheit?“ fragt ein Briefschreiber. Aber heißt das, daß alles, was „zu Trotzki gesagt wurde, in das Gegenteil verkehrt werden muß?“, fragt ein anderer

Trotzki...

Fortsetzung von Seite 3

zufrieden. Genossen der Trotzkiistischen Liga Deutschlands starteten eine lebendige Diskussion, indem sie hervorhoben, daß die Oktoberrevolution die Bestätigung von Lenins „Aprilthesen“ und Trotzki's Theorie der Permanenten Revolution war. Pöschl gab eine lahme Antwort, in der er behauptete, Trotzki habe nach 1924 jeden Realitätssinn verloren und er wäre „unfähig“ gewesen, den Hitler-Stalin-Pakt abzuschließen – der angeblich Stalins Realitätssinn beweise!

Im Monat davor, bei einer Veranstaltung der Marxistischen Abendschule (MASCH) in Hamburg zum Thema „Probleme der Geschichtsschreibung in der UdSSR“ (!), prasselte auf den Redner Robert Steigerwald, verantwortlicher Redakteur der *Marxistischen Blätter*, des theoretischen Journals der DKP, ein Hagel von Fragen nieder: Warum sind Fraktionen heute immer noch verboten? Was ist mit Brest-Litowsk? Warum mußten wir auf Gorbatschow warten, um wichtige historische Fragen anzusprechen? Wäre die Sowjetunion wirklich in Gefahr, wenn man die Wahrheit sagen würde? Auf einer öffentlichen Veranstaltung der DKP zur Oktoberrevolution, am 12. November 1987, sprach eine TLD-Genossin in der Diskussion und betonte, daß der Kampf für Sowjetdemokratie Teil des trotzkiistischen Programms der Verteidigung der Sowjetunion durch Weltrevolution ist. Der Redner, Professor J. Schleifstein, versuchte zu behaupten, Trotzki wäre ein schlimmerer Bürokrat als Stalin geworden. Aber er konnte die Sache nicht einfach umgehen: jemand aus dem Publikum fragte ihn nach „Sozialismus in einem Land“ und meinte, die Trotzkiisten haben da wirklich einen Punkt.

Gleichzeitig gab es eine Ausgabe des DKP-Studentenjournal *rote blätter* (November 1987) zum 70. Jahrestag mit dem Titel „Oktoberrevolution – Fortsetzung folgt?“, die Auszüge aus Trotzki's *Geschichte der Russischen Revolution* über die Machtergreifung in Petrograd veröffentlichte, sogar mit einem gemeinsamen Foto von Lenin und Trotzki versehen. Aber als wollten sie den trotzkiistischen Bazillus eindämmen, fügten sie einen „biographischen Abriss“ hinzu, der mit der Bemerkung anfängt, Trotzki hieße „eigentlich Bronstein“. (Irgendwie fühlen sich die Stalinisten nie gleichermaßen gezwungen, uns daran zu erinnern, daß Lenin „eigentlich Uljanow“ oder Stalin „eigentlich Dschugaschwilli“ war.) Dieser „Sketch“ endet mit der Lüge, die Tatsachen über Trotzki's Ermordung 1940 in Mexiko seien „bis heute umstritten“. Die Tatsache, daß Trotzki von Stalins bezahltem Killer ermordet wurde, ist so wenig „umstritten“, daß es das Finale des neuesten Stücks des sowjetischen Dramatikers Schatrow ist, „Weiter, weiter, weiter“.

Die gleiche Ausgabe von *rote blätter* druckte Teile von Lenins Testament ab, in denen er



Spartakist

Demonstrationsblock der TLD am 10. Juni 1982 gegen Reagan in Bonn: Die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands ist der Schlüssel für die Erkämpfung der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa

dazu aufruft, Stalin als Generalsekretär zu entfernen. Trotzki wird im Testament der „wohl fähigste Mann im gegenwärtigen ZK“ genannt. Bald tobte in den Leserbriefseiten eine Diskussion über Trotzki, ein Schreiber (im Januar) sagte: „Warum diese Angst vor Offenheit? Die Sowjetunion verdankt unter anderem diesem Mann die Verteidigung und das Überleben der Oktoberrevolution.“ Ein anderer antwortete im April: „Eine realistische Bewertung der Taten Stalins, okay. Aber heißt das, daß alles, was bis (sic) zu Trotzki gesagt wurde, in das Gegenteil verkehrt werden muß?“ Die Tageszeitung der DKP, *unserer Zeit* (UZ, 6. April), war vorsichtiger und wagte es nur, einen Artikel über den „legendären Heerführer Michail Tuchatschewski“ zu veröffentlichen, „er warnte früh vor den Kriegsplänen der deutschen Faschisten“, wurde aber ein Opfer der „Willkür Stalins“. (Tuchatschewski wurde schon 1957 von Chruschtschow rehabilitiert.)

Die DKP ist in einer Krise, sie zerreißt sich dabei, drei Herren gleichzeitig zu dienen – den Moskauer und Ostberliner Stalinisten und der deutschen Bourgeoisie. Der ostdeutsche Vorsitzende Erich Honecker sieht keine Notwendigkeit für Gorbatschows Perestrojka (Umgestaltung), da die zentralisierte Wirtschaft der DDR ganz gut ohne marktorientierte Reformen läuft, und er sieht Glasnost einfach als gefährlich an. „So haben die Spannungen in den Beziehungen zwischen den drei Bruderparteien groteske Kämpfe in der DKP provoziert“, hält *Der Spiegel* (7. September 1987) fest. Weder das Zentralorgan der SED, *Neues Deutschland*, noch die UZ der DKP veröffentlichte Gorbatschows Rede über die „weißen Flecken“, die er vor dem sowjetischen ZK-Plenum vom Januar 1987

hielt und in der er zu mehr Demokratie aufrief. Und als der DKP-Führer (und angebliche Glasnost-Anhänger) Herbert Mies Anfang letzten Jahres die neue Offenheit in der Sowjetunion pries, wurde er bald nach Ostberlin eingeladen und ermahnt, sich an die Parteilinie der SED zu halten.

Doch um bei der Pro-Detente-Stimmung in Westdeutschland bei den kleinbürgerlichen „Friedens“- und ökologischen Bewegungen salonfähig zu sein, steht die DKP unter Druck, Ostberlin den Rücken zuzukehren und Gorbatschows Glasnost aufzugreifen. Und es ist nicht erstaunlich, daß die Krise der DKP am ausgeprägtesten zu sein scheint in ihrer Hamburger Ortsgruppe, die für ihre ausgesprochen „grünen“ Auswüchse bekannt ist. Selbst die bürgerliche Presse hat über „secessionistische Vorgänge“ in den DKP-Bezirken Hamburg und Nordbayern berichtet und die tiefe Krise der zentralen Führung bemerkt, die dazu führte, daß Kader der mittleren Ebene mit der Frage „Wie weiter mit der DKP?“ an die Öffentlichkeit traten (*FAZ*, 24. März). Kämpfer, die Kommunisten sein wollen, brauchen vor allem ein Programm, das sie anleitet, und das bedeutet, zum Weg Lenins und Trotzki's zurückzukehren, zum Weg der frühen Komintern, deren Parole die Einheit der Deutschen und der Russischen Revolution war.

Glasnost und Ostpolitik

In keinem anderen westeuropäischen Land hat die „Trotzkismus-Frage“ eine solch weitreichende Debatte hervorgerufen wie in Deutschland. Denn in der Entscheidung über das Schicksal sowohl der Revolution als auch der Konterrevolution sind Deutschland und Rußland aufs engste miteinander verbunden. Der „Drang nach Osten“ des deutschen Imperialismus begann nicht mit Hitler und endete nicht mit ihm. Frankfurter Bankiers und Bonner Politiker vom CDU-Kanzler Kohl bis zum SPD-Chef Vogel sind begeistert über die marktorientierten Wirtschaftsreformen des Kreml, die den Sowjetblock für verstärkten imperialistischen Druck und Durchdringung öffnen. Bei seinem jüngsten Besuch in der Sowjetunion gelang es Hans-Jochen Vogel, ein Abkommen rauszuholen, in Moskau eine Filiale der SPD-eigenen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) als Schleuse für CIA-finanzierte Aktivitäten zu eröffnen. Die FES ist berüchtigt als Triebkraft der Konterrevolution von Portugal bis Mittelamerika. Die Bankiers und Politiker sehen neue Gelegenheiten, die sozialisierte Wirtschaft Ostdeutschlands und jenseits der Oder-Neiße-Linie (der Nachkriegsgrenze zu Polen) durch Ostpolitik und DM-Diplomatie weiter zu unterminieren. Ihr Ziel ist es, angefangen mit Preußen und Sachsen, wiederzugewinnen, was Hitler im Debakel seiner Operation Barbarossa gegen die Sowjetunion verlor.

Trotz der Ungeduld von rechten CDUlern wie Alfred Dregger, der sich danach sehnt, die Panzer wieder nach Osten rollen zu lassen, ist die Offensive der deutschen Bourgeoisie gegen Osteuropa in erster Linie ökonomisch und politisch. Und gerade bei der

ideologischen Desintegration des ostdeutschen Stalinismus spielt die Sozialdemokratie eine besondere Rolle. Es ist kein Zufall, daß die Ostpolitik vom SPD-Kanzler Willy Brandt initiiert wurde. Brandt war als langjähriger Bürgermeister von Westberlin, der „Frontstadt“ des antisowjetischen Kalten Kriegs, eng verbunden mit dem Ostbüro der SPD, einem der wichtigsten CIA-Kanäle für Operationen in der DDR. Heute hat die SPD enge Bindungen zur evangelischen Kirche (Eppler, einer der Parteiführer, ist Mitglied ihrer obersten Synode), die zum Sammelpunkt für Dissidenten innerhalb Ostdeutschlands wurde. Die SPD, die historische nationale Partei des deutschen Proletariats, hatte einen großen Teil ihrer Basis östlich der Elbe, wo sie eine starke Kraft für die Konterrevolution bleibt (bezeugt durch den Massenaufmarsch, der Willy Brandt bei seinem Besuch in Erfurt 1970 begrüßte).

Die Sozialdemokratie wurde in Ostdeutschland nie politisch besiegt, sie wurde einfach vollkommen in den stalinistischen Apparat eingegliedert, als Moskau 1946 die Fusion der alten KPD mit der SPD anordnete, aus der die Sozialistische Einheitspartei (SED) hervorging. Zum Zeitpunkt der Fusion hatte die SPD 679 000 Mitglieder, verglichen mit 619 000 der KPD, die Spitzenführung wurde gleichmäßig zwischen ehemaligen Kommunisten und ehemaligen Sozialdemokraten aufgeteilt, und der erste Ministerpräsident der DDR war der Ex-SPD-Führer Otto Grotewohl (Martin McCauley, *The German Democratic Republic Since 1945, 1983 – Die DDR nach 1945*). Wie die Existenz des katholischen Nationalismus, der in der Bauernschaft verwurzelt ist, ein beständiger Stützpunkt für kapitalistisch-restaurative Tendenzen in Polen ist, so ist die Existenz einer sozialdemokratisch beeinflussten Schicht innerhalb der DDR-Staatsbürokratie der herausragende Schwachpunkt des ostdeutschen Stalinismus.

Schon 1948 benutzten die Spitzenführer in Pankow Stalins Exkommunizierung von Titos Jugoslawien, um die bürokratische Gleichschaltung, nämlich die Säuberung der „sozialdemokratischen Tendenzen“ in der SED, zu erreichen. Wolfgang Leonhard beschreibt in seinem Buch *Die Revolution entläßt ihre Kinder* (1955), welche Auswirkung die Überschrift des Ostberliner *Telegraf* (29. Juni 1948) „Tito des Trotzkismus beschuldigt“ auf die SED-Parteihochschule hatte, an der er damals lehrte. Viele der Ex-Sozialdemokraten wurden entfernt (400 Mitglieder wurden im Laufe von fünf Monaten ausgeschlossen und verhaftet). Es gab eine Säuberung von „Titoisten“ in ganz Osteuropa (Slansky in der Tschechoslowakei, Rajk in Ungarn). Westdeutschland dagegen war der einzige Platz, wo nach dem Bruch mit der Kominform eine tatsächliche titoistische Partei gegründet wurde, die UAP (Unabhängige Arbeiterpartei), deren Pate Leonhard war, aber ihre hauptsächlichste Anziehungskraft war in der DDR und auf diese ausgerichtet.

Also trifft es schon zu, wenn Walter Barthele in seinem Artikel im klerikalen *Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt* (9. August 1987) mit dem Titel „Ketzler der Revolution“ über die Neubewertung der bisher tödlichen „T-Worte“ schreibt, Trotzkismus und Titoismus: die Hexenjagd gegen Tito und Trotzki war der Mechanismus, mit dem Ulbricht & Co. die Stalinisierung der SED vollendeten. Zwischen 1948 und 1957 säuberten sie schätzungsweise 150 000 Sozialdemokraten, darunter frühere Mitglieder von Heinrich Brandlers SAP (Sozialistische Arbeiterpartei). Aber sozialdemokratische Sympathien bestehen weiter in der DDR, wo viele die SPD als eine „demokratische“ Alternative zum stalinistischen Regime sehen. Ein gutes Beispiel war Rudolf Bahro, der ostdeutsche Bürokrat, dessen Buch von 1978, *Die Alternative*, die „eurokommunistischen“ und sozialdemokratischen Neigungen eines Teils des herrschenden Apparats ausdrückte. Nach seiner Ausweisung aus der DDR schloß sich Bahro den kleinbürgerlichen Grünen an und ist seither ein Spinner im Ökomilie geworden.

Heute sind nicht nur dissidente Elemente der ostdeutschen Bürokratie davon angegriffen. Unter dem Einfluß von Gorbatschows „neuem Denken“ gaben die SED-Spitzen im August letzten Jahres gemeinsam mit der westdeutschen SPD ein Grundsatzpapier

Fortgesetzt auf Seite 12



Spartacist Organ des revolutionären Marxismus

Spartacist ist die theoretische und dokumentarische Quellensammlung der internationalen Spartacist Tendenz. Unter der Leitung des Internationalen Exekutivkomitees in Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch veröffentlicht, verkörpert Spartacist die Verpflichtung der iST auf den leninistischen Internationalismus.



Englische Ausgabe Nr. 41/42 (64 Seiten) DM 2,-

Deutsche Ausgabe Nr. 13 (48 Seiten) DM 2,-

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11

Was steckt hinter der Armenienkrise?

Nationalistischer Gewaltausbruch in Gorbatschows Rußland

Mitte Februar sagte Michail Gorbatschow seinen Kollegen in der Kremlobürokratie, daß die Politik gegenüber den verschiedenen Nationalitäten, aus denen sich die Sowjetunion zusammensetzt, „die grundlegendste und lebenswichtigste Frage unserer Gesellschaft“ sei. Innerhalb von Tagen wurde diese Warnung auf die dramatischste Weise bestätigt, die möglich ist. Auf einen massiven Ausbruch nationalistischer Leidenschaft in Armenien folgten antiarmenische Pogrome im angrenzenden Aserbaidschan.

Ende Februar und Anfang März zog es Hunderttausende von Menschen auf die Straßen von Eriwan, der Hauptstadt von Sowjetarmenien. Am 26. Februar versammelte sich eine Million auf dem Theaterplatz, beinahe ein Drittel der gesamten Bevölkerung der kleinsten Republik der UdSSR. Schulen wurden geschlossen, Fabriken hörten auf zu arbeiten. Es war der größte Volksprotest, den man in der Sowjetunion seit über einem halben Jahrhundert gesehen hat.

Die Sofortforderung der Proteste war die Umgliederung des bergigen Autonomen Gebiets Nagorno-Karabach aus der Zuständigkeit der aserbaidschanischen Republik in die der armenischen Republik. Karabach ist eine überwiegend (zu 85 Prozent) armenische Enklave innerhalb Aserbaidschans. Nachdem eine Petition von praktisch jedem armenischen Erwachsenen in dem Gebiet (über 70 000 Unterschriften) unterzeichnet worden war, ersuchte die örtliche Regierung formell, Karabach umzugliedern – eine bisher einmalige Demonstration von Unabhängigkeit.

Als die Proteste in Eriwan um sich griffen, rief Gorbatschow persönlich die Armenier dazu auf, „zu normalem Leben und zur Arbeit zurückzukehren und die soziale Ordnung einzuhalten“. Während er Reformen versprach, ließ er die Frage des künftigen Status von Nagorno-Karabach offen. Ob als Antwort auf Gorbatschows Appell oder aus Furcht vor militärischer Repression, die armenischen nationalistischen Führer erklärten sich am 27. Februar damit einverstanden, die Demonstrationen für einen Monat einzustellen. Doch die armenische Hauptstadt hatte sich kaum beruhigt, da wurde gemeldet, daß zwei Aserbaidschaner in Karabach umgebracht worden waren.

Diese Nachricht löste in der aserbaidschanischen Stadt Sumgait, in der Nähe von Baku, blutige kommunale Krawalle aus, bei denen Horden von Aseris durch die Straßen tobten und wahllos Armenier angriffen. Szenen abscheulicher Brutalität werden berichtet, darunter gräßliche Angriffe auf armenische Frauen in einer Entbindungsstation, Kinder wurden aus dem Fenster geworfen. Der stellvertretende Staatsanwalt der UdSSR bezeichnete es als „ein Pogrom“. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS meldete, daß 32 Menschen getötet wurden. Inoffizielle Quellen schätzen die Zahl der Todesopfer auf Hunderte.

Die sowjetische Armee mußte eingeschaltet werden, um die soziale Ordnung wiederherzustellen und die armenische Bevölkerungsgruppe zu schützen. „Die Verluste wären höher gewesen, wenn uns nicht die Ortsbewohner geholfen hätten“, berichtete General W. Krajew. Aserbaidschanische Familien versteckten Armenier in ihren Häusern, ein Busfahrer brachte ein Dutzend Armenier nach einer anderen Stadt in Sicherheit, Arbeitskollegen wurden vor den wütenden Horden geschützt. Nachher bildeten Mitglieder der Kommunistischen Partei aus dem Gebiet Einheiten, die der Miliz (Polizei) dabei helfen sollten, die Ordnung aufrechtzuerhalten.

Aber die Krise war keineswegs vorüber. Am 21. März prangerte die offizielle Zeitung der Kommunistischen Partei, *Prawda*, die Bewegung dafür an, die Umgliederung



Der Spiegel

Hunderttausende demonstrieren in Armeniens Hauptstadt Eriwan, auch mit Gorbatschow-Porträts: der größte Massenprotest in der Sowjetunion seit über einem halben Jahrhundert

Nagorno-Karabachs an Armenien anstreben zu wollen, und erklärte, daß „das ‚edle‘ Ideal der ‚Wiedervereinigung‘ einen eindeutig antisozialistischen Gestank verbreitet“. Zwei Tage später verabschiedete das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR eine Resolution, die es als „unzulässig... für alle möglichen selbsternannten Gruppen“ erklärte, „nach einer Neuziehung von Staats- oder Verwaltungsgrenzen zu verlangen“ (*Independent*, London, 24. März).

TASS wettete gegen die armenischen nationalistischen Agitatoren, weil sie danach streben würden, „die Gefühle der Bevölkerung auszunutzen, um die Entwicklung der Gesellschaft umzukehren“. Jedoch ist die sowjetische herrschende Elite ganz und gar nicht darüber einig, wie man mit der Armenienkrise fertigwerden soll. Die Zeitung der Jugendorganisation der Kommunistischen Partei, *Komsomolskaja Prawda*, veröffentlichte eine Darstellung der Proteste in Eriwan, die dem armenischen Standpunkt ein wenig Verständnis entgegenbrachte – auf jeden Fall keine Feindseligkeit.

Der Erlass der sowjetischen Regierung, der ein paar Tage, bevor die Proteste wiederaufgenommen werden sollten, herausgegeben wurde, befahl den örtlichen Autoritäten, „alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die öffentliche Ordnung sicherzustellen“ und weitere nationalistische Unruhen in den kaukasischen Republiken zu verhindern. Zur gleichen Zeit genehmigte das Politbüro der KPdSU eine Reihe von Maßnahmen, um fast eine halbe Milliarde Rubel ins rückständige Karabach zu pumpen und Schulen, Bücher und Fernsehen in armenischer Sprache in dem Gebiet zu vermehren.

Angesichts dieser Politik von Zuckerbrot und Peitsche verging der 26. März in Eriwan verhältnismäßig ruhig. Aber Stepanakert, die Hauptstadt von Nagorno-Karabach, wurde durch einen Generalstreik lahmgelegt.

Stalinistischer Nationalismus unterminiert die Sowjetunion

Wie die westlichen Medien wiederholt darauf hingewiesen haben, bedeuten die Ereignisse im Kaukasus die schwersten nationalistischen Unruhen seit der offiziellen Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Ende 1922. Fragen gibt es im Überfluß. Warum Armenien und warum jetzt? Werden sich ähnliche nationalistische Ausbrüche über die ganze Sowjetunion aus-

breiten? Wie wird sich die Armenienkrise auf den künftigen Kurs von Gorbatschows Reformen auswirken?

Bei aller Ungewißheit ist eins klar: die herrschende stalinistische Bürokratie, durchdrungen von Nationalismus, kann die verwickelte Nationalitätenfrage nicht lösen. Gorbatschows Politik von Glasnost (Offenheit) hat die unterdrückten, aber mächtigen nationalistischen Tendenzen lediglich an die Oberfläche des sowjetischen politischen Lebens gebracht. Zur gleichen Zeit wird die Dezentralisierung der Wirtschaft unter der Rubrik Perestroika (Umgestaltung) die nationalen Trennungslinien und Rivalitäten innerhalb der UdSSR verstärken.

Antisowjetische Kalte Krieger haben die Nationalitätenfrage seit Jahren als die Achillesferse der UdSSR gesehen. Sie träumen davon, daß sich eine nichtrussische Mehrheit in der Sowjetunion erhebt, um das „Joch des sowjetischen Imperiums“ abzuwerfen. Doch die jüngsten Proteste in Armenien waren weder antirusisch noch antisowjetisch. Um den Punkt zu betonen: Viele Demonstranten trugen Porträts von Gorbatschow und Plakate, auf denen stand: „Karabach ist ein Test für Perestroika“.

Von Israel-Palästina, Libanon, Zypern und Sri Lanka bis Nordirland und dem Baskenland in Spanien haben die Bourgeoisien keine Lösung für nationale Konflikte, außer der blutigen Vorherrschaft der stärkeren Macht. Wie bei Elsaß-Lothringen und Serbien im Ersten Weltkrieg wird nationaler Groll zum Vorwand für imperialistisches Gemetzel. Schon bei der Geburt der Sowjetmacht versuchten beide kriegführenden imperialistischen Bündnisse, die Oktoberrevolution zu schwächen, indem sie brudermörderische Kriege im Kaukasus anzettelten.

Aber die proletarische Revolution unter der Führung von W. I. Lenin und Leo Trotzki zerbrach die Ketten des zaristischen Völkergefängnisses und eröffnete zum ersten Mal die Aussicht auf eine harmonische nationale Entwicklung auf der Grundlage wirklicher Gleichheit. Die Sowjetunion, hervorgegangen aus einer Arbeiterrevolution, setzt sich aus 15 nationalen Republiken und 20 autonomen Republiken zusammen, mit mehr als 100 offiziell anerkannten Sprachen, und steht damit unter den modernen Staaten einzig da als *internationalistisch* in ihren ganzen Grundlagen.

Als die Revolution später unter Stalin bürokratisch deformiert wurde, wurden die For-

men von leninistischem Internationalismus, obwohl sie erhalten blieben, mit Nationalismus ausgefüllt. Nach außen wurde dies in dem stalinistischen Dogma vom „Sozialismus in einem Land“ ausgedrückt, während im Innern eine Bürokratie, durchdrungen von großrussischem Chauvinismus, auf den Nationalitäten der Minderheiten herumtrampelte. Ethnische Rivalitäten wurden unterdrückt. Doch sobald die schwere stalinistische Hand ein bißchen angehoben wurde, brachen nationale Gegensätze hervor.

Die nationale Frage in der Sowjetunion ist äußerst komplex. So streben die Krimtataren danach, in eine Heimat zurückzukehren, aus der sie von Stalin vertrieben wurden, armenische Nationalisten wollen ein abgetrenntes Gebiet zurückbekommen, und baltische Nationalisten sehnen sich nach den bürgerlichen Republiken der Zwischenkriegsjahre. Und aus dem Hintergrund zieht die Gefahr des urwüchsig russischen Faschismus herauf; siehe „Pamyat: Russian Fascists Raise Their Heads“ (Pamjat: russische Faschisten erheben ihr Haupt), *Workers Vanguard* Nr. 434, 7. August 1987. Wie wir schrieben in „Kehrt zum Weg Lenins und Trotzki zurück!“ (*Spartakist* Nr. 55, Januar/Februar): „... bis die politische Revolution wieder leninistischen Internationalismus zum Krenl zurückbringt, wird die Nationalitätenfrage eine Zeitbombe bleiben.“ Die Bombe ist jetzt im Kaukasus explodiert.

Der kaukasische Teufelskreis des nationalen Hasses

Das zerklüftete Gebirge des Kaukasus, wo in jedem Tal ein anderer Dialekt gesprochen wird, ist ein verrückter Flickenteppich von einem Dutzend untereinander vermengter Nationalitäten. Für Jahrhunderte war der Kaukasus gleichbedeutend gewesen mit ethnischen Fehden und Massakern. Die türkischsprachigen Aseris, traditionell schiitische Moslems, und die traditionell christlichen Armenier haben eine blutige Geschichte von Feindschaft, während die Georgier lange Zeit die Region zu beherrschen versucht haben. Die Knute des Zaren unterdrückte die nationalen Rivalitäten während des 19. Jahrhunderts oberflächlich, aber 1905 brachen antiarmenische Pogrome in Aserbaidschan aus.

Auf allen Seiten von feindlichen Völkern umgeben, sind die Armenier die Juden des Kaukasus genannt worden. Von all den Na-

Fortgesetzt auf Seite 6

Armenienkrise

Fortsetzung von Seite 5

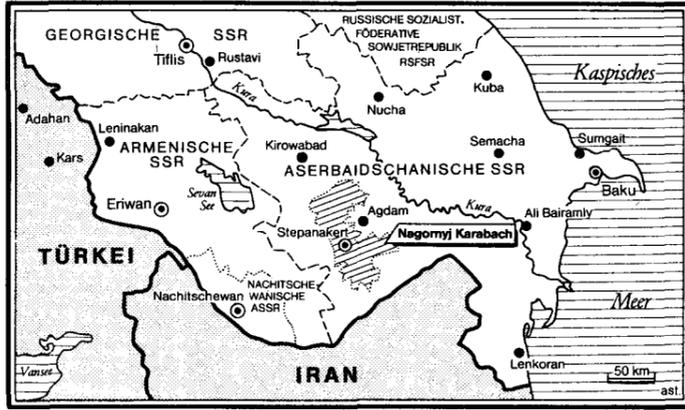
tionalitäten in der Region haben die Armenier traditionell zu denjenigen gehört, die am meisten prorussisch und prosowjetisch sind. Der französische Antisowjetologe Alexandre Bennigsen schrieb vor kurzem: „Zur Zeit sind die Armenier wahrscheinlich die russenfreundlichste aller sowjetischen Minderheiten“ (Robert Conquest, Hrsg., *The Last Empire*, 1986 – Das letzte Imperium). Für armenische Nationalisten ist der Todfeind die Türkei, nicht Rußland.

Die ersten Massaker an Armeniern im Osmanischen Reich in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts brachten die Armenier dazu, auf das zaristische Rußland, eine orthodox christliche Macht, als ihren Beschützer gegen die Türken zu schauen. Beim Ausbruch des 1. Weltkriegs 1914 stellte die armenische nationalistische Daschnak-Partei Freiwilligenregimenter auf, die für das zaristische Reich gegen die Türkei kämpfen sollten. Als Antwort darauf ergriff das Regime der nationalistischen Jungtürken Maßnahmen, das ganze armenische Volk aus Kleinasien (Anatolien) zu vertreiben. Mehr als eine Million Armenier wurden umgebracht – über die Hälfte ihrer Bevölkerung im Osmanischen Reich.

Die Überlebenden flohen in den russischen Kaukasus. Das Massaker von 1915 erhitzte die Leidenschaften in den ohnehin angespannten Beziehungen zwischen Armeniern und benachbarten Aseris, deren Sympathien im Krieg im großen und ganzen der Türkei galten. Unter der Wirkung der Februar- und der Oktoberrevolution von 1917 fiel das Russische Reich auseinander. Mit der Gründung bürgerlicher Republiken in den südlichen Grenzländern unter dem Schutz von Deutschland, der Türkei und später von Britannien gab es eine Explosion nationaler Zwiertacht im Kaukasus.

Inmitten der anarchischen Verhältnisse des russischen Bürgerkriegs erlangte Armenien eine kurzlebige Unabhängigkeit unter den nationalistischen Daschnaks, die mit dem weißrussischen General Denikin eng zusammenarbeiteten. Während seines kurzen Bestehens ließ sich Daschnak-Armenien mit Aserbaidschan auf gegenseitige kommunalistische Massaker ein, führte einen Grenzkrieg gegen Georgien und startete einen selbstmörderischen irredentistischen Krieg gegen die Türkei. Als Kemal Atatürks Streitkräfte Ende 1920 auf Eriwan marschierten, handelten die Daschnaks, um sich selbst zu retten, ein Abkommen aus, das de facto Armenien in den Sowjetstaat aufnahm.

Von Mitte 1918 bis Anfang 1921 hatte eine georgische Republik bestanden, angeführt vom Menschewik N. Jordania, zuerst unter dem Schutz von Deutschland und dann von Britannien. Aber während die Zweite Internationale über das „demokratische Georgien“ plapperte, waren dessen Beschützer in erster Linie am Öl von Baku und am kaukasischen Mangan interessiert, und die menschenwistische Regierung vertrieb die Armenier aus der georgischen Hauptstadt Tbilissi. Im Februar 1921 erhoben sich die Kommunisten am Ort, und die Rote Armee marschierte ein, wobei sie Tbilissi in weniger als zehn



Nationaler Konflikt bricht im sowjetischen Kaukasus aus über die Forderung nach der Umgliederung von Nagorno-Karabach an die armenische Republik

Tagen eroberte. Als Antwort auf das sozialdemokratische Zeter und Mordio über Georgien schrieb Trotzki, damals an der Spitze der Roten Armee:

„Wir erkennen nicht nur das Prinzip der Selbstbestimmung an, sondern wir geben ihm auch unsere volle Unterstützung, wo immer es gegen feudale, kapitalistische oder imperialistische Staaten gerichtet ist. Aber wo immer die Fiktion von Selbstbestimmung in den Händen der Bourgeoisie eine Waffe wird, die gegen die proletarische Revolution gerichtet ist, haben wir keinen Grund, diese Fiktion anders zu behandeln als die anderen ‚Prinzipien‘ der Demokratie, die vom Kapitalismus pervertiert werden.“ (Leo Trotzki, *Between Red and White*, 1922 – Zwischen Rot und Weiß)

In den zwanziger Jahren erhöhten nationaler Friede und rapides Wirtschaftswachstum die Autorität der Sowjetmacht bei der armenischen Bevölkerung. Armenische Studenten und junge Arbeiter strömten in die Kommunistische Partei. Jedoch brachten in den dreißiger Jahren Stalins Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, erzwungene Russifizierung und Massenterror – unter dessen zahllosen Opfern geachtete armenische Kommunisten waren – ein Wiederaufleben von armenischem Nationalismus hervor. Intellektuelle hegten und pflegten eine ständige Beschäftigung mit der armenischen Geschichte, die sich über die ganze Gesellschaft erstreckt. Und es ist eine Geschichte von großem Leid.

Während des Kalten Krieges haben die Kremlführer zu einem gewissen Grad armenischen Nationalismus ermutigt und damit versucht, ihn gegen die Türkei zu richten, einen NATO-Frontstaat. Neue Städte und Dörfer in der armenischen Sowjetrepublik wurden nach ehemaligen armenischen Landstrichen in Anatolien benannt. Westliche Kalte-Kriegs-Propagandisten haben Moskau sogar beschuldigt, den Terrorismus armenischer Revanchisten gegen die Türkei zu fördern. Als ob die Armenier dafür irgendeine Ermunterung von außen nötig hätten! Jedoch haben jüngste Ereignisse gezeigt, daß armenischer Nationalismus nicht allein gegen die Türkei gerichtet ist, wie es die Kremlchefs gern hätten.

Perestroika heizt armenischen Nationalismus an

Die armenische Republik stellt in vieler Hinsicht die Erfolgsgeschichte der sowjetischen Nationalitätenpolitik dar. Sie ist eine

wohlhabende Region und eines der Zentren der High-Tech-Industrie und der wissenschaftlichen Forschung in der UdSSR. Die örtliche bürokratische Elite ist ethnisch geschlossen armenisch, intellektuelles Leben floriert, und nach allem, was man hört, ist Armenien diejenige Sowjetrepublik, wo die nationale (nichtrussische) Sprache die größte Rolle spielt. Warum sollten dann massive nationalistische Proteste in dieser begünstigten kaukasischen Republik ausbrechen?

Die Proteste waren nicht spontan und wurden auch nicht von halb im Untergrund arbeitenden nationalistischen Gruppierungen angeführt. Die Hauptsprecher für die Proteste waren prominente armenische Intellektuelle, wie der Dichter Silva Kaputikjan und der Korrespondent von *Literaturnaja Gaseta*, Sori Balajan, der ein freundschaftliches Treffen mit Gorbatschow hatte. Martin Walker, der gut unterrichtete Mann in Moskau vom Londoner *Guardian*, erwähnte die Ansicht von NATO-Diplomaten, daß „Demonstrationen in der Sowjetunion nicht über mehrere Tage andauern ohne die stillschweigende Unterstützung der lokalen Parteiführung“.

Der Anstoß kam von den einflußreichen und gut verankerten armenischen Stalinisten. Als Moskau das Ersuchen des Sowjets von Nagorno-Karabach, sich mit Armenien vereinigen zu können, für ungültig erklärte, widersetzte sich die lokale Bürokratie öffentlich Moskau, indem sie die Resolution in der Regionalzeitung abdruckte. Die Proteste griffen schnell auf Eriwan über mit dem stillschweigenden Einverständnis des armenischen KP-Führers Karen Demirtschjan, der in den letzten 18 Monaten unter scharfem Beschuß von Gorbatschow gestanden hatte. Als der sowjetische Parteichef zur Ruhe aufrief, forderte ihn die armenische KP heraus und verlangte nach einer Kommission, um die Zukunft von Karabach zu diskutieren.

Warum sind die armenischen stalinistischen Bürokraten so bestimmt bei ihrem Versuch geworden, ihre nationalen Ansprüche durchzusetzen? Weil sie glauben, daß Gorbatschows Politik ihre Stellung stärken wird, daß die Armenier die auserwählten Kinder von Perestroika sind. Eine Demonstration, die um die armenischen Opfer bei den kommunalistischen Krawallen in Sumgait trauerte, führte Plakate mit, auf denen stand: „Die Pogrome von Sumgait wurden von den Feinden von Perestroika ausgeführt“. Und der intellektuelle Hauptarchitekt von Perestroika, der armenische Ökonom Abel Abanbegjan, drängte auf eine Regierungskommission, die eine Wiedervereinigung von Karabach

mit Armenien empfehlen sollte.

Das Klima in Gorbatschows Rußland, mit seiner Betonung darauf, wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit und Einzelinitiative zu belohnen, hat die am weitesten entwickelten Teile der Sowjetunion ermuntert, den Vorteil zu ergreifen. Nicht nur ist Armenien ein Zentrum fortgeschrittener Technologie, seine Geschäftemacher beherrschen einen kleinkapitalistischen Schwarzmarkt, der jetzt legalisiert worden ist. So drängen sich die armenische Bürokratie und Intelligenz in den Vordergrund auf Kosten des ärmeren, kulturell rückständigeren Aserbaidschan. Ein aserischer Schriftsteller, Welajat Kulijew, bemerkte:

„In letzter Zeit haben die armenischen Nationalisten, darunter einige ziemlich einflußreiche Leute, angefangen, wieder von ‚Großarmenien‘ zu reden. Es geht nicht nur um Aserbaidschan. Sie wollen Teile von Georgien, des Iran und der Türkei annektieren.“ (*New York Times*, 11. März)

Was wir im sowjetischen Kaukasus zu sehen beginnen, ist die gleiche explosive Kombination von ökonomischer Dezentralisierung und wiederauflebendem Nationalismus, die jetzt Jugoslawien auseinanderzureißen droht; siehe „The Banruptcy of the Yugoslav Model“ (Der Bankrott des jugoslawischen Modells), *Workers Vanguard* Nr. 444, 15. Januar.

Die Honoratioren von Eriwan nutzten Gorbatschows Glasnost für ihre eigenen Absichten aus. Aber Hunderttausende von Menschen kommen nicht Tag für Tag auf die Straße, um zu demonstrieren, und Arbeiter treten nicht in einen Generalstreik, nur weil die örtlichen Autoritäten sie dazu ermutigen. (Tatsächlich überraschte und beunruhigte das Ausmaß der Proteste selbst die nationalistischen Intellektuellen, die sie anführten. „Wenn man Menschenmengen von 50 000 auf 300 000, 500 000 und 700 000 anwachsen sieht, ist es furchterregend“, rief einer aus.) Auch kann Mitgefühl für ihre Brüder in Karabach nicht eine Protestbewegung dieses Ausmaßes erklären. Hinter der Frage von Nagorno-Karabach brachten die armenischen Massen ein Verlangen zum Ausdruck, das politische Leben ihres Landes zu kontrollieren. In jenen wenigen Tagen im Februar hatten sie einen Geschmack von sozialer Macht und der Freiheit, ihre Ansichten ausdrücken zu können. Die Proteste in Eriwan zeigen, daß jeder beliebige Riß innerhalb der stalinistischen Bürokratie eine Öffnung für explosiven gesellschaftlichen Kampf schaffen kann. Aber sie zeigen auch, daß die demokratischen, ökonomischen und sozialen Ziele der Massen fehlgeleitet werden können in einen potentiell mörderischen und selbstmörderischen Nationalismus.

Stalinismus kann die nationale Frage nicht lösen

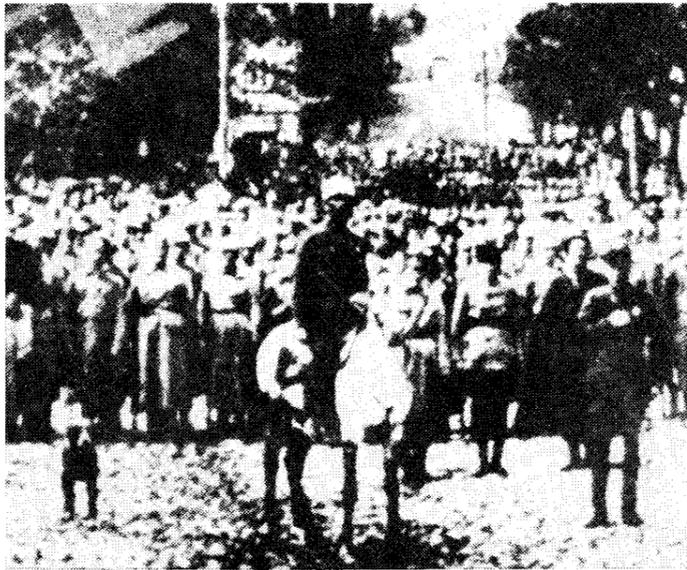
Das neue Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, das 1986 angenommen wurde, erklärt in einem klassischen Beispiel bürokratischer Blindheit, daß „die Nationalitätenfrage, die aus der Vergangenheit geerbt wurde, in der Sowjetunion erfolgreich gelöst worden ist“ (Hervorhebung im Original). Kaum! Im Gegenteil, westliche Ideologen in den Denkfabriken des Kalten Krieges, die üblicherweise vom CIA finanziert werden, sehen in der Nationalitätenfrage die beste Gelegenheit, die Sowjetunion von innen heraus zu zerstören.

Insbesondere hoffen die Ideologen des Kalten Krieges auf den Ausbruch eines islamischen Dschihad in Sowjet-Zentralasien. Die Auffassung, daß alle nichtrussischen Völker kurz vor der Revolte gegen Moskau stehen, ist imperialistische Phantasterei. Einmal ist ihr Nationalismus oft gegeneinander gerichtet. Die Armenier und Aserbaidschaner sind nur das Moment hervorstechendste Beispiel. Ukrainischer Nationalismus ist virulent antisemitisch. Und sowjetische Juden, selbst die glühendsten Zionisten unter ihnen, werden kaum ukrainischen Separatismus unterstützen. Auch sind die Beziehungen zwischen den verschiedenen sogenannten islamischen Völkern Sowjet-Zentralasiens nicht besonders brüderlich. Während des russischen Bürgerkriegs 1918–21 führten die Baschkiren, zu der Zeit ein halbomadisches Volk, einen erbitterten Krieg gegen tatarische Bauern, die ihnen nach ihrem Land trachteten.

Wir sagen „sogenannte islamische Völ-



Jerome Davis



Planeta Publishers

Bolschewistische Revolution sprengte die Ketten des zaristischen Völkergefängnisses: sowjetische Zeitungen werden in Turkestan verteilt, frühe zwanziger Jahre (links); Rote Armee bringt Sowjetmacht nach Georgien, 1921

ker“, weil sie inzwischen im wesentlichen säkularisiert sind. In Taschkent und Alma-Ata gibt es praktisch keine verschleierte Frauen und relativ wenige, meist ältere Moscheenbesucher.

Es ist allerdings wahr, daß nationale und ethnische Konflikte eine tödliche Gefahr für den Sowjetstaat darstellen können, so wie er jetzt aufgebaut ist und bürokratisch regiert wird. Stalinistischer Nationalismus kann eine Fraktionsbildung entlang nationaler und ethnischer Linien in der herrschenden bürokratischen Kaste hervorrufen, wie in Jugoslawien. Dies wurde bei dem letzten größeren Ausbruch nationalistischen Protests in der Sowjetunion deutlich – Dezember 1986 in Kasachstan. Als der langjährige kasachische Parteiboss Dinmucharmed Kunajew durch Moskau rausgeworfen und durch einen ethnischen Russen ersetzt wurde, gingen Tausende wütender kasachischer Studenten und Jugendlicher auf die Straßen von Alma-Ata; zwei Demonstranten wurden von der Polizei getötet.

Nationalistische Reibungen an der Spitze der bürokratischen Oligarchie können weitverbreitete nationalistische Unruhe an der Basis der sowjetischen Gesellschaft hervorrufen. Und die Imperialisten wollen diese nationalen Gegensätze *ausbeuten*, um den Zerfall der Sowjetunion zu bewirken. Wo auch immer in bestimmten Fällen der Fehler liegt, die grundsätzliche Verantwortung für nationalistische Konflikte in der Sowjetunion liegt bei der vorherrschend großrussischen Bürokratie, die unter dem Russifizierer Josef Stalin zusammengeschweißt wurde.

Es ging um die nationale Frage – zudem im Kaukasus –, als Lenin Ende 1922 mit Stalin brach. Als Stalin versuchte, die georgische, aserbajdschanische und armenische Republik in eine transkaukasische Föderation zu zwingen, beschuldigte Lenin ihn, „eine wahrhaft großrussisch-nationalistische Kampagne“ zu führen.

„Es wäre unverzeihlicher Opportunismus, wenn wir am Vorabend dieses Auftretens des Ostens, zu Beginn seines Erwachens, die Autorität, die wir dort haben, auch nur durch die kleinste Grobheit und Ungerechtigkeit gegenüber unseren eigenen nichtrussischen Völkern untergraben würden.“ („Zur Frage der Nationalitäten oder der ‚Autonomisierung‘“, Dezember 1922, Werke Bd. 36)

Lenin war insbesondere darüber aufgebracht, daß Stalins Statthalter Sergo Ordsonikidse den georgischen KP-Führer Budu Mdiwani physisch angegriffen hatte. Er schlug vor, daß Stalin von seinem Posten als Generalsekretär entfernt werde und Ordsonikidse für mindestens zwei Jahre aus der Partei ausgeschlossen werde.

Die sogenannte georgische Affäre war *kein episodischer Streit* innerhalb der bolschewistischen Führung. Sie war der erste Kampf gegen die bürokratische Degenerierung der Russischen Revolution. Stalins Feldzug für einen einheitlichen, von Moskau beherrschten Apparat, den Lenin mit der alten zaristi-



Türkischsprachige Studenten, darunter junge Frauen, besuchen Universität in Sowjet-Zentralasien (links); Frauen eingehüllt in den Schleier, 1925 auf einer Straße in Taschkent



Museum of Modern Art Oxford

schon Auffassung eines „einigen und unteilbaren“ Rußland verglich, warf bereits den Schatten der Doktrin des „Sozialismus in einem Land“ voraus, die Stalin nach dem Tod Lenins 1924 verkündete. Vom Standpunkt des Programms des proletarischen Internationalismus aus verteidigte Lenin unnachgiebig die Rechte der nationalen Minderheiten im Sowjetstaat. Durch einen Schlaganfall halb gelähmt, wendete sich Lenin Trotzki zu als seinem Hauptverbündeten in diesem Kampf, seinem letzten.

Lenins Anmerkungen über die Frage Georgiens waren, in seinen Worten, als „Bombe“ gedacht, um Stalin auf dem bevorstehenden 12. Parteikongreß April 1923 politisch zu zerstören. Er warnte Trotzki ausdrücklich vor einem faulen Kompromiß mit dem gerissenen „Gensek“. Jedoch erlitt Lenin Anfang März einen weiteren Schlaganfall, der ihm die Sprache nahm und ihn lähmte, bis er zehn Monate später starb. Trotzki, der übermäßig besorgt war, die Einheit der bolschewistischen Führung nicht zu brechen, zog sich in diesem entscheidenden Moment von einem harten Kampf gegen Stalin zurück; Stalin stimmte zu, Lenins und Trotzki's Position in der nationalen Frage anzunehmen, vorausgesetzt, daß er seinen Machtposten behält.

Lenins Kampf gegen Stalin über die nationale Frage wurde ursprünglich über den Entwurf für die Verfassung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ausgelöst. Lenin dachte, daß die „Union“ verfrüht war, militärische und diplomatische Angelegenheiten ausgenommen. Obwohl die Gründungsverfassung der UdSSR 1924 angenommen wurde, als Stalin schon im Aufstieg begriffen war, garantierte sie nichtsdestoweniger den konstituierenden Republiken *formell* weitreichende interne Autonomie und Gleichstellung in den höheren Gremien des Sowjetstaats. Darüber hinaus erklärt die Verfassung: „Jede der Mitgliedsrepubliken behält das Recht, sich ungehindert aus der Union zu lösen.“

Derartige verfassungsmäßige Garantien hinderten Stalin natürlich nicht, später auf allen nationalen Rechten herumzutampeln, ganze Völker vom Land ihrer Vorfahren zu vertreiben und die KP-Führungen fast jeder Sowjetrepublik zu vernichten. Die Ära nach Stalin erlebte das Verschwinden des Massenterrors in der UdSSR und die Wiedereinrichtung eines gewissen Maßes an nationaler Autonomie innerhalb der Republiken. Trotzdem gibt es innerhalb des Rahmens des heutigen bürokratisch degenerierten sowjetischen Arbeiterstaates *keine demokratischen Einrichtungen*, um nationale Auseinandersetzungen, Ansprüche und Bestrebungen zu lösen.

Keht zum Weg von Lenin und Trotzki zurück!

Wenn es nicht als Tarnung für kapitalistische Konterrevolution benutzt wird, unterstützen wir das Recht der verschiedenen sowjetischen Völker auf nationale Selbstbestimmung – d. h. das Recht auf Loslösung und die Bildung eines eigenen Staates. Und wir sehen die internen nationalen Grenzen der UdSSR, die durch die Kreml-Bürokratie willkürlich festgelegt wurden, nicht als sakrosankt an. Nagomo-Karabach wurde 1923 unter Stalin von Armenien abgetrennt – als

Volkskommissar für Nationalitätenfragen setzte er sich, auf dem Höhepunkt seiner Bestrebungen, eine transkaukasische Föderation durchzudrücken, mit rücksichtsloser Gewalt über die Kommunisten der Region hinweg.

Die Grenzen der verschiedenen Republiken und Autonomen Gebiete sollten in Hinblick auf die sich ändernden demographischen Bedingungen und die demokratischen Bestrebungen der beteiligten Völker angepaßt werden. Da die Mehrheit der Einwohner von Nagomo-Karabach Armenier sind, die Teil der armenischen Republik sein wollen, ist das ihr demokratisches Recht. Die schlichte Weigerung des Kreml, eine Änderung des Status in Betracht zu ziehen, entzündete den armenischen Nationalismus und ist letztlich verantwortlich für die Massenproteste in Eriwan und den blutigen kommunalistischen Aufruhr in Sumgait.

Gorbatschow versucht, die Verantwortung für die Armenienkrise seinen Vorgängern in die Schuhe zu schieben. Wie gewöhnlich schiebt er alles, was in der Sowjetunion schiefliegt, auf die Leiche von Leonid Breschnjew, die keinen Protest anmeldet. Als er Mitte März Jugoslawien besuchte, gab er



Nowosti

Armenischer Bolschewik Stepan Schaumjan, Führer des Sowjets von Baku 1918

an, daß die Probleme im Kaukasus „lange Zeit vernachlässigt“ worden seien und sich „außerhalb der Reichweite der Parteiführung“ befänden. Aber dieses Alibi hat keinen Bestand. Für jeden ist klar, daß die Unruhen in Armenien und in Aserbajdschan und Gorbatschows Politik mit ihrer explosiven und widersprüchlichen Mischung von wirtschaftlicher Dezentralisierung und politischer Liberalisierung unmittelbar miteinander verbunden sind.

In der Tat stellt die massenhafte nationalistische Unruhe und kommunalistische Gewalt im Kaukasus die bis jetzt größte Krise des Gorbatschow-Regimes dar. Wie die *Business Week* (28. März) schrieb:

„Die Gefahr für Gorbatschow ist nicht ein ernsthafter Versuch irgendeiner Sowjetrepublik, sich abzutrennen, sondern das Risiko, daß nationalistische Agitation einen politischen Rückschlag für seine Reformen auslösen könnte.“

Konservative Elemente in der Bürokratie werden die Armenienkrise ausnutzen, um auf die Zerschlagung *aller* politischen Abweichungen und volkstümlichen Proteste zu

drängen. Aber es wird nicht einfach sein, den Deckel wieder zuzuschrauben und zu der selbstgefälligen Polizeistaatsatmosphäre der späten Breschnjew-Jahre zurückzukehren.

Wenn die sowjetische Führung eine wirklich internationalistische Politik verfolgt hätte, hätte sich die Aufmerksamkeit der aserbajdschanischen Bevölkerung darauf konzentriert, die sozialistische Revolution unter ihren aserischen Brüdern im Iran zu fördern, die erst unter der Diktatur des blutigen Schah litten und dann unter den persisch-chauvinistischen Mullahs. Sowjet-Zentralasien wäre in einer gigantischen Anstrengung mobilisiert worden, um die Errungenschaften der Oktoberrevolution auf Afghanistan auszu-dehnen.

Stattdessen versöhnte sich der Kreml mit Chomeini, und nach halbherzigem Kampf gegen die CIA-unterstützten islamischen Mudschahedin zieht sich nun Gorbatschow aus Afghanistan zurück und bereitet damit den Boden vor für ein blutiges Massaker durch die Feudalisten. Daher ist es keine Überraschung, wenn sich die nichtrussischen Nationalitäten nach Jahrzehnten von stalinistischem Antiinternationalismus in der UdSSR in örtliche Streitereien verstricken. Trotz der oft beißenden Kritik Gorbatschows an der wirtschaftlichen Stagnation und der galoppierenden Korruption des Landes und trotz der Hoffnungen auf ein besseres und freieres Leben, die dadurch unter sowjetischen Arbeitern, Kollektivbauern und Intellektuellen erweckt worden sind: liberaler Stalinismus kann diese demokratischen und sozialistischen Bestrebungen nicht erfüllen.

Es ist notwendig, zum Weg von Lenin und Trotzki zurückzukehren, die bürokratischen Parasiten im Kreml rauszuwerfen und Sowjetdemokratie wiederherzustellen. Die Macht, die Gesellschaft zu beherrschen, die von Stalin und seinen Nachfolgern usurpiert wurde, muß durch die proletarische politische Revolution wieder der arbeitenden Bevölkerung zurückgegeben werden.

Stepanakert, die Hauptstadt Nagomo-Karabachs – Zentrum der kürzlichen blutigen nationalistischen Unruhen –, wurde zu Ehren von Stepan Schaumjan so genannt, einem armenischen Bolschewiken, der einer der engsten Mitkämpfer Lenins war. Schaumjan war der Kopf des Sowjets von Baku 1918, dem damaligen Zentrum der bolschewistischen Macht im Kaukasus, die sich auf die armenischen, aserbajdschanischen, georgischen und russischen Ölarbeiter stützte. Der Sowjet von Baku wurde durch eine britische Interventionsarmee im Verbund mit örtlichen armenischen und georgischen Nationalisten gestürzt, während aserbajdschanische Nationalisten einen türkischen Angriff auf die Stadt von außerhalb unterstützten.

Trotzki widmete Schaumjan und seinen 25 Genossen, die von den Briten hingerichtet wurden, sein Buch *Zwischen Rot und Weiß*. Unter ihnen waren der aserbajdschanische Kommunist Meschadi Asisbekow, der Georgier Alexei Dschaparidse und der Russe Iwan Fioletow. Nur wenn die internationalistischen Traditionen des Bolschewismus, verkörpert im Sowjet von Baku und in seinen ermordeten Führern, in der Sowjetunion wiederhergestellt werden, kann die nationale Frage auf eine gerechte und egalitäre Weise gelöst werden.

Übersetzt nach Workers Vanguard Nr. 450, 8. April 1988

WORKERS VANGUARD 25c

Workers Strike. Contras Splinter. Sandinistas Backpedal

Nicaragua in Turmoil

Workers Need Bolshevik Leadership

Workers. Minorities Must Crush Le Pen in the Streets!

Behind French Elections: Fascist Threat Mounts

Marxist Working-Class Biweekly of the Spartacist League/U.S.

Subscribe!

DM 45,- for 24 issues – AIRMAIL

ORDER FROM/PAY TO:

Verlag Avantgarde

Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11

Postgirokonto Frankfurt/Main 119 88-601

Lehren des Klassenkampfes 1919–1933

Revolution und Konterrevolution in Deutschland



W. W. Norton

Berlin, Januar 1919: Straßenkämpfe zwischen Freikorps und revolutionären Arbeitern

Der nachfolgend abgedruckte Artikel, der zweite von zwei Teilen, basiert auf Vorträgen von George Foster, Mitglied des Zentralkomitees der Spartacist League/U.S., auf Spartacist-Schulungsveranstaltungen Ende April und Anfang Mai 1984 in New York, Chicago und Berkeley. Genosse Fosters Beitrag mit dem Titel „Deutschland 1919–1933: Revolution und Konterrevolution“ war einer von drei Vorträgen, die der Frage „Krieg und Revolution“ gewidmet waren. Der erste Teil erschien in Spartakist Nr. 53, Februar 1985. Zu den Lehren des Klassenkampfes, die ein Schlüssel zur deutschen proletarischen Revolution sind, gehören der gescheiterte deutsche Oktobervon 1923 und der Zusammenbruch der KPD vor Hitlers Aufstieg zur Macht.

Zweiter von zwei Teilen

Die revolutionäre Welle, die 1918/19 über Deutschland hinwegfegte, endete mit der blutigen Unterdrückung der bayrischen Räterepublik im Mai 1919. Die akut revolutionäre Situation war vorüber; vor allem hatte eine leninistische Partei gefehlt. Die neugeborene Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) erlebte zwar ein rasches Wachstum, doch ging sie aus den Ereignissen der Jahre 1918/19 noch immer schwach und politisch unreif hervor. Noch komplizierter wurden die Probleme, vor denen die junge Partei stand, durch die mörderischen Taten der Konterrevolution, die die KPD ihrer erfahrensten und fähigsten Führer beraubte – Luxemburg, Liebknecht, Jogiches und Leviné.

Die KPD hielt Oktober 1919 ihren 2. Parteitag ab. Auf dem 1. Parteitag waren Luxemburg, Liebknecht, Jogiches und Leviné alle zu Recht für die Teilnahme der KPD an den

ersten Parlamentswahlen nach dem Krieg eingetreten. Sie wurden von einer überwältigenden Mehrheit der Delegierten überstimmt. (Leviné, der sich von dem impulsiven revolutionären Eifer der Delegierten mitreißen ließ, stimmte schließlich mit den Boykottisten.) Auf dem 2. Parteitag erhob sich die Frage von neuem, in einer KPD, die nunmehr von Paul Levi und Clara Zetkin geführt wurde.

Dieses Mal waren die Boykottisten – Ultralinke, die jegliche Beteiligung an bürgerlichen Parlamenten „aus Prinzip“ ablehnten – in der Minderheit. Jedoch verfügte diese Minderheit über das Vertrauen von Zehntausenden links-syndikalistischer Arbeiter. Levi, der sich gegen die Boykottanhänger durchsetzte, machte diese Auseinandersetzung zu einer Spaltungsfrage und schloß diejenigen aus, die sich seinen Positionen widersetzten. Ein Großteil der ausgeschlossenen Opposition formierte sich dann zur ultralinken Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD).

Wie die darauffolgenden Ereignisse bestätigten, trug Levis überstürzte und hysterische Aktion wenig dazu bei, die KPD von ihrer linksradikalen Kinderkrankheit zu heilen. Ihr Haupteffekt lag darin, die KPD zahlenmäßig zu halbieren und ihr dabei die Substanz ihrer Arbeiterbasis in Berlin und Norddeutschland zu entreißen, die nun den politischen Klauen ihrer wirrköpfigen „linkskommunistischen“ Führung überlassen war.

Die Komintern war daran interessiert, daß der Bruch mit den „Linken“ es nicht erschwerte, all diejenigen Kräfte der Arbeiterbewegung zu einer Partei zusammenzufassen, die für eine Räteregierung und für die Diktatur des Proletariats eintraten. Deswegen lud sie die KAPD ein, an dem im Sommer 1920 in Petrograd und Moskau abgehaltenen Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale mit brüder-

lichem Status teilzunehmen. Eine ähnliche Avance wurde dem linken Flügel der weit größeren zentristischen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) gemacht, ebenfalls in der Hoffnung, eine leninistische Polarisierung zu begünstigen und dadurch eine vereinigte deutsche kommunistische Partei zu schmieden.

Gegen Ende des Jahres 1919 herrschte Ebbe bei den Kämpfen des Proletariats in Deutschland. Die Freikorps und ihre sozialdemokratischen Kumpane hatten ihr blutiges Werk getan. Die Bourgeoisie der siegreichen Entente, die den konterrevolutionären Taten der Freikorps im Baltikum und in Deutschland mit Beifall zugesehen hatten, die darin bestanden, „die Flut des Bolschewismus einzudämmen“, verlangten nun die Auflösung dieser Einheiten und die Begrenzung der Reichswehr auf die in Versailles festgesetzte Stärke von 100 000 Mann. Als Ebert versuchte, dem nachzukommen, beschloßen seine einstigen rechten Verbündeten, sich seiner Dienste und zugleich der Weimarer Republik zu entledigen.

Am 10. März 1920 präsentierte die Nationale Vereinigung, eine ultrarechte Organisation, bestehend aus Gestalten wie dem Weltkriegsgeneral Ludendorff und dem übelsten Abschaum der Freikorps, Ebert ein Ultimatum: Eberts von den Sozialdemokraten dominierte Weimarer Koalition sei durch eine Regierung „neutraler Sachverständiger“ (d. h. des preußischen Beamtentums) zu ersetzen; der Reichstag sei aufzulösen; Ebert solle „in Ruhestand treten“, um durch einen neuen, durch Volksabstimmung gewählten Präsidenten ersetzt zu werden. Ein Angebot wurde gemacht, Noske zum Diktator zu machen! Als Ebert ihre Bedingungen ablehnte, ließen der preußische Beamte Kapp und der vertrottelte General Lüttwitz am 13. März Truppen in Berlin einmarschieren und riefen eine Regierung der Nationalen

Vereinigung aus.

In seiner Verzweiflung wandte sich Ebert an die Reichswehr, sie solle die Republik verteidigen, doch mußte er erfahren, daß die Reichswehr gegen die Freikorps keinen Finger rühren wollte. Die Regierung mußte aus Berlin fliehen. Erst dann appellierte die SPD-Führung an das Proletariat. Die deutsche Arbeiterklasse antwortete und führte einen gewaltigen Generalstreik durch, der das Land lahmlegte und die rechte Verschwörung innerhalb von vier Tagen vereitelte.

Die KPD stand bei dem Konflikt zunächst orientierungslos beiseite und erklärte, sie habe an dem Ergebnis des Kampfes zwischen zwei Flügeln der Bourgeoisie kein Interesse. Aber als sie sich der riesigen Streikaktion gegenüber sah, korrigierte sie sich, verspätet und etwas ungeschickt, angesichts dieses Kornilow-ähnlichen Schrittes der extremen Rechten der deutschen Bourgeoisie.

Im Ruhrgebiet führten Mobilisierungen gegen den Kapp-Putsch in einigen Orten zur Eroberung der Macht durch die Arbeiter. Am 20. März hatten die aufständischen Arbeiter das gesamte Gebiet östlich von Düsseldorf und Mülheim unter Kontrolle. Um sie zu unterdrücken, wandte sich Ebert gerade an den Mann, der während des Putsches mit verschränkten Armen zugesehen hatte, an General von Seeckt. Ebert ernannte von Seeckt zum Befehlshaber der Streitkräfte. Daraufhin setzte von Seeckt die Freikorps ein, um die Arbeiter mit blutiger Gründlichkeit zu unterdrücken! Während Kapp in Berlin scheiterte, zwangen in Bayern die Rechten und der lokale Reichswehr-Kommandant von Mohl den Sozialdemokraten Hoffmann aus dem Amt und errichteten eine Regierung der extremen Rechten.

Kurz nach den stürmischen Ereignissen um den mißglückten Kapp-Putsch richtete sich die Aufmerksamkeit ganz Deutschlands auf den polnisch-sowjetischen Krieg von

1920. Im Mai 1920 beschloß Polens rechtsgerichteter nationalistischer Führer Pilsudski, eine Kreatur des Entente-Imperialismus, seine Träume von einem Großpolen zu verwirklichen, und überfiel die junge Sowjetrepublik, als er dachte, sie sei am schwächsten – am Ende des verzweifelt ausgefochtenen Bürgerkriegs. Anfänglich machten Pilsudskis Armeen rasche und tiefe Vorstöße in die Ukraine und eroberten Kiew. Doch Pilsudskis Gelüste nach einem Polen mit einer Küste am Schwarzen Meer erwiesen sich als sein Verderben. Im Juni wendete sich das Blatt des Kriegs, und die Polen wurden gezwungen, Kiew zu räumen. Die polnischen Armeen strömten auf Polens ethnographische Grenze zurück, mit der Roten Armee dicht auf ihren Fersen.

Eine Entscheidung mußte getroffen werden, ob die Offensive fortgesetzt und der Krieg nach Polen getragen werden sollte. Lenin drängte darauf, den Krieg fortzuführen, und setzte sich gegen den Widerstand von Trotzki, Dzierzhinski, Radek, Rykow und anfänglich auch Stalin durch. Wenn der Krieg nach Polen getragen werde, erwartete Lenin, würden die polnischen Arbeiter nicht ihrer Bourgeoisie folgen, sondern sich stattdessen erheben und der Roten Armee die Hände reichen, sobald diese auf Warschau marschierte. Trotzki war, zu Recht, wie sich herausstellte, skeptisch bezüglich einer solchen Entwicklung wegen der breiten Unterstützung für das Pilsudski-Regime in dem seit kurzem unabhängigen Polen und wegen der tiefen antirussischen Gefühle des polnischen Nationalismus.

Lenins Hauptsorge galt jedoch nicht Polen, sondern Deutschland. Er hoffte, eine Verbindung zwischen der russischen und der deutschen Revolution herzustellen, dem deutschen Kommunismus dadurch einen mächtigen Antrieb zu geben und einen erfolgreichen Ausgang der revolutionären Kämpfe des deutschen Proletariats enorm zu erleichtern. Die Offensive der Roten Armee in Polen fand während der Sitzungen des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale statt, dessen Delegierte die Schlachten mit großer Spannung verfolgten.

Lenins historisches Wagnis, „Europa mit den Bajonetten der Roten Armee zu sondieren“, scheiterte, wie die Genossen wissen. Die Rote Armee wurde vor den Toren Warschaws geschlagen. Ein wesentlicher Faktor bei dieser militärischen Niederlage war Stalin. Die Rote Armee rückte in zwei Kolonnen nach Polen vor. Die nördliche Kolonne unter Befehl Tuchatschewskis marschierte auf Warschau. Die südliche Kolonne unter der tatsächlichen Kontrolle Stalins hatte den Auftrag, Tuchatschewskis Flanke zu decken. Stalin jedoch, der sicher war, daß Tuchatschewski Warschau einnehmen würde, und der eifrig darauf bedacht war, für sich selbst Lorbeeren zu verdienen, mißachtete die Anweisungen, Tuchatschewskis Vormarsch zu decken, und ließ seine Truppen stattdessen abschwanken, um Lwow einzunehmen. General Weygand, der französische Offizier, der die Polen beriet, und Pilsudski zogen ihren Vorteil aus der Lücke zwischen den beiden Armeen, die durch Stalins Griff nach Lwow geschaffen worden war, und schlugen mit vernichtendem Ergebnis zu; sie zwangen die Rote Armee zu einem hastigen und aufgelösten Rückzug in die Sowjetunion. Wäre Pilsudski besiegt worden und

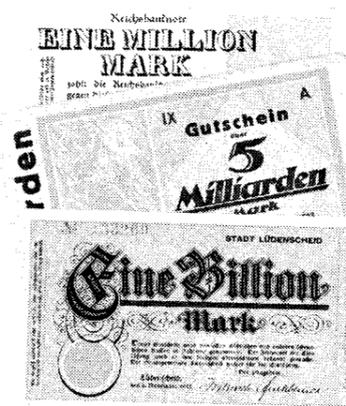
hätte die Rote Armee die deutschen Grenzen erreicht, dann hätte die Weltgeschichte seitdem wohl einen ganz anderen und besseren Verlauf genommen.

Die verräterische Rolle der SPD im Nachspiel des Kapp-Putsches führte für sie zu großen Einbußen bei den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920. Achtzehn Monate vorher, bei den ersten Wahlen nach dem Krieg, hatte die SPD 11 500 000 Stimmen und damit 163 Sitze im Reichstag gewonnen. Bei den Juniwahlen fiel ihr Wahlergebnis auf 6 100 000, was 102 Sitzen entsprach. Im Gegensatz dazu erhöhte die USPD, die 1919 rasch anwuchs, ihre Vertretung im Reichstag von 22 auf 84 Sitze, während die KPD, die sich zum ersten Mal beteiligte, vier Sitze gewann.

Mit dem rapiden Wachstum der USPD ging eine sich ständig vertiefende Polarisierung zwischen dem rechten und dem linken



Ullstein



Französischer Soldat überwacht Kohleabtransport während Ruhrbesetzung (links). Inflation und Arbeitslosigkeit toben durch Deutschland. Im Oktober 1923 liegt der Kurs für einen Dollar bei 75 Milliarden Mark



W. Norton

Flügel dieser Partei einher, als Arbeiter, die sich aus Unzufriedenheit mit der SPD nach links bewegten, ihre Reihen verstärkten. Dieser Prozeß erreichte auf dem historischen Kongreß der USPD in Halle im Oktober 1920 seinen Höhepunkt. Dieser Kongreß trat zusammen, um sich über einen Anschluß der USPD an die Kommunistische Internationale zu beraten. Für den rechten Flügel sprachen Hilferding und der russische Menschewik Martow. Auf Hilferding antwortete Sinowjew, dessen leidenschaftliche und brillante vierstündige Rede den Sieg davontrug. Die Mehrheit der Delegierten entschied sich für die Komintern. Die Fusion zwischen der KPD und der USPD-Linken, die im Dezember 1920 erfolgte, verwandelte die KPD von einer Partei mit 50 000 Mitgliedern in eine mit 350 000 Mitgliedern und starken Wurzeln in den Gewerkschaften. Die KPD war eine Massenpartei geworden.

Die „revolutionäre Offensive“ und die Märzaktion

Mit der erfolgreichen Fusion kam eine Stimmung revolutionärer Erwartung und Ungeduld. Die Mitglieder erwarteten Taten. Diese Stimmung fand einen Widerhall und wurde noch verstärkt durch breite Teile der

spalten. Levis Rücktritt schlossen sich Zetkin, Däumig und zwei weitere an. Die KPD-Führung lag jetzt im wesentlichen in den Händen von Ernst Meyer, Heinrich Brandler, August Thalheimer und Paul Frölich. Zusammen mit dem in Berlin konzentrierten linken Flügel der KPD um Ruth Fischer und Arkadi Maslow befürworteten sie alle die eine oder andere Variante der sogenannten „Theorie der Offensive“.

Die Vorurteile der neuen Führung wurden noch verstärkt, als die Komintern-Vertreter Béla Kun und Josef Pogany (auch bekannt als John Pepper, der später in der KPUSA berüchtigt wurde) vor Ort erschienen. Kun war der Hauptexponent der „revolutionären Offensive“. Wie die bankrotten Offiziere des französischen Generalstabs, deren strategische und taktische Weisheit sich auf den Befehl „Angriff!“ reduzieren läßt, traten Kun und seine deutschen Gesinnungsgenossen, die überzeugt waren, daß die proletarische Revolution unmittelbar bevorstünde, dafür ein, das Proletariat durch eine Folge von Erhebungen, Streiks und Aufständen aufzurütteln. Die Situation wurde obendrein durch das Drängen von Sinowjew und Bucharin verschärft.

Sinowjew und Bucharin waren beide heftig gegen den Offenen Brief vom Januar aufgetreten, als Radek ihn auf einer Sitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) zum ersten Mal vorge schlagen hatte. Lenin verteidigte Radek, und die Taktik wurde gebilligt. Wenn Kun der Hauptexponent der „revolutionären Offensive“ war, so war Bucharin ihr ideologischer Inspirator. Selbst auf dem Dritten Kongreß der Kommunistischen Internationale, also nachdem seine Auffassungen in Deutschland einem Test unterworfen worden und dabei gescheitert waren, ging er immer noch mit seiner „Theorie“ hausieren – „Da der Kapitalismus sich selbst erschöpft hat, muß deshalb der Sieg durch eine ununterbrochene revolutionäre Offensive errungen werden.“

Der Test der „revolutionären Offensive“ war natürlich die Märzaktion von 1921. Die Militanz der Arbeiter konzentrierte sich in Deutschland Anfang 1921 im Mansfelder Bergbaurevier in Mitteldeutschland. Waren die Bergarbeiter dort früher rückständig und nur wenig klassenbewußt gewesen, so waren

sie nun höchst militant geworden in einer verspäteten Reaktion auf die revolutionäre Welle, die über Deutschland gebräust war und die bereits abebbte. Sie waren zu den Fahnen der KPD geströmt. Streiks, Arbeitsniederlegungen und Fabrikbesetzungen rollten über das gesamte Revier hinweg.

Am 16. März schickten die Sozialdemokraten Hörning, Sachsens Regierungspräsident, und Severing, der preußische Innenminister, Truppen und Polizei in das Revier, um die Arbeiter zu entwaffnen und zu unterdrücken. Die KPD-Führung antwortete auf diese Provokation mit einem Aufruf zum bewaffneten Widerstand. In bestimmten Gebieten Mitteldeutschlands folgten die Arbeiter dem Aufruf und kämpften heldenhaft, aber sogar dort waren die Kämpfe sporadisch und fanden keineswegs überall statt. Überall sonst in Deutschland, mit Ausnahme einiger

Zusammenstöße in Hamburg, blieb der Aufruf der KPD ohne Antwort. Als es eine Woche später klar wurde, daß der erhoffte Aufstand fehlschlug, gab die KPD einen Aufruf zum Generalstreik heraus. Aber auch der kam nicht zustande. Was stattdessen folgte, waren vereinzelte Streiks von KPD-Anhängern. Bemühungen, Fabriken lahmzulegen, deren Arbeiter unter dem Einfluß der SPD oder des rechten Flügels der USPD standen, führten lediglich zu erbitterten Zusammenstößen zwischen den Arbeitern.

Bis zum 31. März war die Aktion versackt und wurde abgebrochen. Der Preis war hoch. Es gab schwere Verluste, Tausende wurden verhaftet, einschließlich zahlreicher KPD-Führer. Die Bourgeoisie und ihre SPD-Kettenhunde starteten einen großangelegten antikommunistischen Propagandaangriff und behaupteten, die Aktion sei ein „Produkt von Moskau“. In drei Monaten sackte die Mitgliedschaft der KPD um die Hälfte ab.

Wie Trotzki später hervorhob, hätten die Ereignisse in Mitteldeutschland im März 1921 allerdings eine aktivere Politik der KPD erfordert. Aber er betonte den defensiven Charakter der Situation:

„Die Offensive wurde in Wirklichkeit von dem sozialdemokratischen Polizisten Hörning gestartet. Das hätte ausgenutzt werden müssen, um alle Arbeiter zur Verteidigung, zum Selbstschutz zu vereinen, selbst wenn es zu Beginn nur ein sehr bescheidener Widerstand gewesen wäre. Hätte sich der Boden als günstig erwiesen, wäre die Agitation auf eine günstige Antwort gestoßen, so wäre es dann möglich gewesen, zum Generalstreik überzugehen. Wenn sich die Ereignisse weiterentwickeln, wenn sich die Massen erheben, wenn die Verbindungen unter den Arbeitern stärker werden, wenn ihre Stimmung steigt, während Unentschlossenheit und Demoralisierung im feindlichen Lager um sich greifen – dann kommt die Zeit für die Losung, zur Offensive überzugehen. Sollte sich jedoch der Boden als ungünstig erweisen, sollten die Bedingungen und die Stimmung der Massen den entschiedeneren Losungen nicht entsprechen, dann ist es notwendig, den Rückzug anzutreten und so geordnet wie möglich zu früher vorbereiteten Stellun-

Fortgesetzt auf Seite 10



American Heritage



AIZ

Deutsche Sozialdemokratie – Handlanger der Reaktion: Ebert (links) mit Reichwehrgenerälen beim Empfang der Fronttruppen im Dezember 1918. Verhaftung eines Demonstranten in Berlin 1929 (rechts)

Revolution und Konterrevolution in Deutschland

Fortsetzung von Seite 9

gen zurückzugehen.“ (*Speech at a General Party Membership Meeting of the Moscow Organization* – Rede auf einer allgemeinen Versammlung der Parteimitglieder der Moskauer Organisation, Juli 1921)

Anstatt das moralische Element der Verteidigung zu nutzen, führte die KPD ihre Anhänger in eine Aktion, die sie der Mehrheit der Arbeiter entgegenstellte, bevor die Mehrheit eine Chance bekam zu begreifen, was in Mitteldeutschland auf dem Spiel stand.

Unmittelbar nach der Aktion zeigte sich die KPD-Führung uneinsichtig und rechtfertigte ihre Politik als einen Versuch, „die revolutionäre Initiative zu ergreifen“. So schrieb Thalheimer:

„Die Märzaktion als eine isolierte Aktion der Partei wäre – soweit haben unsere Kritiker recht – ein Verbrechen gegen das Proletariat. Die Märzoffensive als die Einleitung einer Reihe ständig ansteigender Aktionen jedoch eine lohnende Tat.“

Der lautstärkste Kritiker der KPD war Paul Levi, der, nachdem er Ende Februar aus dem Zentralkomitee ausgetreten war, nun scheinheilig seine Hände von jeder Verantwortung für die März-Ereignisse reinwusch. Levis grundlegende politische Kritik an der „Offensivtheorie“ und an der Märzaktion als einem putschistischen Abenteuer waren einwandfrei. Jedoch führte ihn die Panik angesichts der entfesselten sozialdemokratischen Hysterie über den „Moskau-Kommunismus“ zu einem Akt des Renegatentums. Levi behauptete fälschlicherweise, es sei ihm nicht möglich, seine Ansichten der Parteimitgliedschaft vorzutragen, und trat mit seiner Kritik an die Öffentlichkeit.

Die Märzaktion war eine dumme Antwort auf eine krasse Provokation der kämpferischen Arbeiter Mitteldeutschlands durch die Bourgeoisie. Doch sie mobilisierte Zehntausende von Arbeitern, die sich in heldenhaften und blutigen Kämpfen einsetzten, um ihre Klasse gegen ihre Unterdrücker zu verteidigen. Unter diesen Umständen bedeutete Levis öffentliche Kritik an dieser Aktion, auch noch eine Kritik, die böswillig, einseitig und übertrieben war und die keinerlei Sinn für Solidarität mit der Partei oder der Kommunistischen Internationale aufwies, lediglich, mit Lenins Worten, „eine schwere Unterwühlung der Partei“. Die Reformisten stürzten sich auf seine Kritik, um die antikommunistische Propagandaoffensive der Bourgeoisie und die gegen die KPD gerichtete Verfolgungskampagne anzupfeitschen. Zusätzlich erhitzte Levis feiger und gehässiger Akt der Disziplinlosigkeit die Partei so sehr, daß seine

Kritik – weit davon entfernt, die Probleme zu klären – nur dazu diente, die Fragen zu verwirren und die KPD weiter zu desorganisieren. Wegen seiner Disziplinlosigkeit wurde Levi völlig zu Recht aus der Partei ausgeschlossen.

Die deutsche Märzaktion nahm selbstverständlich auf dem Dritten Kongreß der Komintern, der im Sommer 1921 in Moskau tagte, den wichtigsten Platz ein. Trotzki bemerkte, daß den deutschen Julitagen von Januar und April 1919 keine Oktoberrevolution folgte, sondern noch mehr Julitage – März 1920 und März 1921. Er formulierte es so: „Nein, es gibt zu viele ‚Julitage‘ in Deutschland, was wir wollen, ist – Oktober.“

Lenin und Trotzki benutzten die Märzaktion als ein Beispiel für die Frucht der „Offensivtheorie“ und konnten so die Debatte gegen die „linken“ Exponenten von Bucharins Version der „ununterbrochenen Revolution“ gewinnen, sowohl in der russischen Partei als auch in der Komintern. Die deutschen März-Ereignisse waren eine schmerzhafteste Lektion darüber, daß Entschlossenheit der Führung und Unzufriedenheit der Massen keine hinreichenden Voraussetzungen für den Sieg sind. Trotzki stellte fest: „Es muß eine Reihe weiterer Voraussetzungen vorhanden sein, vor allem eine enge Verbindung zwischen der Führung und den Massen sowie das Vertrauen letzterer in die Führung. Diese Voraussetzung war zu der Zeit nicht erfüllt.“

Die zentrale Losung des Dritten Kongresses lautete: „Heran an die Macht durch eine vorherige Eroberung der Massen!“ Das zeigte die Einsicht, daß die politischen und organisatorischen Ressourcen der kommunistischen Parteien für die Eroberung der Macht noch nicht ausreichten. Die verschiedenen Parteien wurden daher darauf ausgerichtet, die wirkliche Situation in ihren jeweiligen Ländern sorgfältig zu studieren und ihre Aufmerksamkeit der Agitation, Propaganda, Organisation und der Eroberung des Vertrauens der Arbeiter in ihren Tageskämpfen zuzuwenden. Diese Lehren wurden kurz danach in den Komintern-Thesen ausgearbeitet und zusammengefaßt, die die kommunistische Taktik der Einheitsfront darlegten.

Die KPD-Führung kehrte mit einem unsicheren Waffenstillstand nach Deutschland zurück. Der linke Flügel, gut ein Drittel der Partei, konzentriert in Berlin, Hamburg und im Ruhrgebiet, war weiterhin versessen auf die „revolutionäre Offensive“ und kritisch gegenüber Einheitsfronten. Die Parteiführung blieb weiterhin in den Händen Ernst Meyers, und die Partei versuchte, unter der Losung „Heran an die Massen!“ die vom Dritten Weltkongreß umrissene vorbereitende Arbeit durchzuführen. Aber da sie durch die Erfahrung des März 1921 gebrannt war, führten die Bemühungen, diese Aufgabe auszuführen, zu einer rechten Abweichung. Deshalb ließ die KPD 1923 die bedeutendste revolutionäre Gelegenheit, die sich dem deutschen Kommunismus bot, vorübergehen.

Deutschland 1923: Bürgerliche „Ordnung“ in der Krise und ...

Gegen Ende 1922 kam Deutschland mit den Reparationszahlungen in Verzug, die dem Land von der siegreichen Entente in Versailles auferlegt worden waren. Als Reaktion darauf besetzten französische und belgische Truppen am 11. Januar 1923 das Ruhrgebiet. Die deutsche Regierung, mit Ebert als Präsident und dem Großindustriellen Cuno als Kanzler, antwortete ihrerseits mit dem Befehl an deutsche Beamte, Eisenbahner und Fabrikarbeiter, die Zusammenarbeit mit den Besatzern zu verweigern. Streiks überzogen das Ruhrgebiet.

Französische Truppen wurden gegen die Streikenden eingesetzt, die deutschen Bankreserven und Lagerbestände wurden beschlagnahmt, und die Lieferung von Kohle (85 Prozent der deutschen Produktion), Eisen und Stahl aus dem Ruhrgebiet (80 Prozent der deutschen Produktion) setzte aus. Faschistische und nationalistische Elemente

gingen ohne Verzug von der erklärten Regierungspolitik des passiven Widerstands zu einem Guerillakrieg gegen die französischen Truppen über. Doch schon im Mai kam es während des riesigen Generalstreiks im Ruhrgebiet zur Verbrüderung zwischen Streikenden und französischen Soldaten; dies führte dazu, daß sich Soldaten Demonstrationen deutscher Arbeiter anschlossen.

Die Ruhrbesetzung und die Antwort der Regierung darauf lösten eine tiefgehende wirtschaftliche Krise aus. Die Arbeitslosigkeit schoß in die Höhe. Im Januar 1923 betrug der Stand der Arbeitslosigkeit 4,2 Prozent. Im April war er auf 7 Prozent angestiegen, im September auf 9,9 Prozent, im Oktober – 19 Prozent, im November – 23 Prozent und im Dezember – 28 Prozent. Diesen Zahlen müssen jene der Halbbeschäftigten hinzugefügt werden, der Prozentsatz der Arbeiter, die von Kurzarbeit betroffen waren. Im Januar lag der Prozentsatz der Halbbeschäftigten bei 12,6 Prozent. Bis zum Oktober war er auf 47 Prozent gesprungen.

Also waren in Deutschland im Oktober 1923 etwa zwei Drittel des deutschen Proletariats entweder arbeitslos oder arbeiteten nur ein paar Stunden pro Woche! Diese Zahlen müssen denen früherer Jahre gegenübergestellt werden. 1913 lag die Arbeitslosigkeit bei 2,9 Prozent. 1921 lag sie bei 2,8 Prozent, und 1922 fiel die Arbeitslosigkeit tatsächlich auf 1,5 Prozent.

Zusammen mit diesem ungeheuren Anstieg der Arbeitslosigkeit uferte die Inflation aus. Am 18. Oktober 1923 bekam man für einen Dollar 4 Milliarden Mark. Das war am Morgen. Am Abend kostete der gleiche Dollar 6 Milliarden Mark. Zwei Tage später betrug der Kurs 15 Milliarden Mark für den Dollar, und am Abend war der Kurs auf 19 Milliarden geklettert. Nach zwei weiteren Tagen lag der Kurs bei 46 Milliarden, und am 23. Oktober bekam man für einen Dollar 75 Milliarden Mark. Genosse Seymour würde hier wohl von einer Hyperinflation sprechen.

Die Folge der Wirtschaftskrise war eine unvorstellbare Verarmung der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums. Die Lebensbedingungen waren nicht einfach entsetzlich. Im Herbst 1923 waren sie unmöglich.

Gegen Ende Juni 1923 hörte die Regierung Cuno fast völlig auf zu funktionieren. Eine tiefe politische Krise der Bourgeoisie ging mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch einher. Im Mai 1923 brach an der Ruhr ein Generalstreik aus, der in Bochum zu einer bewaffneten Erhebung anwuchs. Zwischen Juni und August brandete eine gewaltige Streikwelle durch Deutschland, die in einem Streik der Berliner Drucker gipfelte, die die Maschinen bedienten, auf denen das wertlose Papiergeld der Regierung gedruckt wurde. Der Streik weitete sich zu einem Generalstreik aus, und die Cuno-Regierung stürzte. Auf Cuno folgte Stresemann als Kanzler, der bei der Übernahme der Amtsgeschäfte meinte, daß dies die letzte bürgerliche Regierung in Deutschland sein werde. Stresemanns Aufgaben der Taktik des passiven Widerstands gegen die Ruhrbesetzung am 26. September war ein verzweifelter Risikogeschäft und lediglich ein Eingeständnis der „hoffnungslosen“ Lage der deutschen Bourgeoisie.

... eine akut revolutionäre Situation

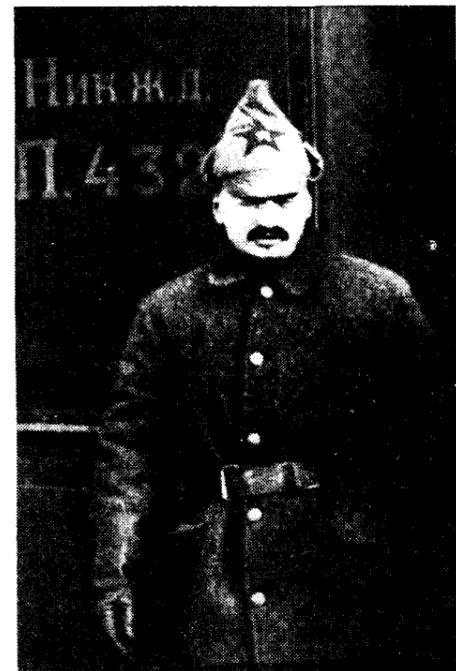
Doch wie Trotzki bemerkte, war die Lage der deutschen Bourgeoisie nur dann „hoffnungslos“, wenn die KPD rechtzeitig erkannte, daß dies der Fall war und die erforderlichen revolutionären Maßnahmen ergriff, nach denen die Situation verlangte. Leider reagierte die KPD auf die revolutionären Ereignisse des Jahres 1923 in einer unentschlossenen und trägen Weise. Die Parteiführung, seit Januar in den Händen Brandlers und ab Mai auch mit zwei Linken, Ruth Fischer und Thälmann, schleppte sich, nachdem sie sich an der Märzaktion die Finger verbrannt hatte, nur so dahin, während sich um sie herum die revolutionäre Krise entwickelte.

So verurteilten sowohl Brandler als auch Fischer die spontane bewaffnete Erhebung in Bochum und wiesen sie „objektiv“ als „eine Provokation der deutschen Bourgeoisie“ zurück. Brandlers Losung von 1923 hieß: „Im Rahmen der Weimarer Verfassung vorwärts zur Arbeiterregierung von ganz Deutschland!“ Es war Trotzki, der aus der Ferne, wahrscheinlich im Juli 1923, zu dem Ergeb-

nis kam, daß Deutschland eine akut revolutionäre Situation erreicht habe; dies verlange einen klaren Aktionsplan von der deutschen Partei und müsse in der Machtergreifung durch den bewaffneten Aufstand gipfeln. Trotzki bestand darauf, daß im voraus ein Termin festzusetzen sei, um die KPD auf die politischen, organisatorischen und militärischen Aufgaben einzustellen, die für die Verwirklichung des deutschen Oktober notwendig waren.

Das Haupthindernis dagegen, die Komintern und die KPD zur Aktion anzutreiben, war Stalin, der in einem Brief vom August 1923 an Sinowjew und Bucharin erklärte: „Nach meiner Meinung muß man die Deutschen zurückhalten und nicht ermutigen.“ In einem Kommentar zu diesem Brief stellte Trotzki fest:

„Stalin trägt die Hauptverantwortung dafür, sich die revolutionäre Situation in Deutschland entgehen zu lassen. Er unterstützte und ermutigte die Schwächlinge, die Skeptiker und die Zauderer in Deutschland. Er nahm nicht zufälligerweise eine opportunistische Position in dieser Frage von welthistorischer Bedeutung ein: Damit setzte er im wesentlichen nur die Politik fort, die er in Rußland im März 1917 verfolgt hatte.“ („The Draft Program of the Communist International – A Criticism of Fundamentals“ – Der Programmwurf der Kommunistischen Internationale, eine Kritik der Grundlagen, 1928)



Ullstein

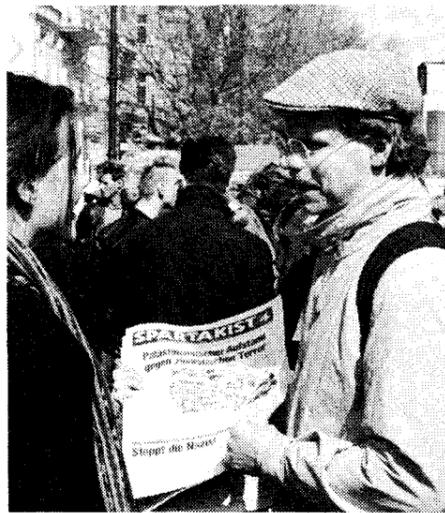
Leo Trotzki, revolutionärer Internationalist und Organisator der Roten Armee, kämpfte für die proletarische Einheitsfront gegen den Faschismus

Im August, in der Folge des Streiks in Berlin, der die Cuno-Regierung gestürzt hatte, kam die Komintern endlich zu der Ansicht, daß sich Deutschland wirklich in einer akut revolutionären Situation befand. Brandler reiste nach Moskau, um sich über die Vorbereitungen für den Kampf um die Macht beraten zu lassen. Dort zeigte sich Brandler skeptisch und verpflichtete sich nur widerstrebend dazu, Vorbereitungen für den deutschen Oktober zu treffen. Mit seinen eigenen Worten, etwa 36 Jahre danach: „Daher widersetzte ich mich nicht den Vorbereitungen für den Aufstand von 1923. Ich betrachtete die Situation einfach noch nicht als akut revolutionär, sondern rechnete eher mit einer weiteren Verschärfung.“

Brandler, der erklärte, er sei kein „deutscher Lenin“, bat darum, daß Trotzki mit der Leitung des Aufstands beauftragt würde. Trotzki's Gegner im Politbüro, die bereits gegen ihn manövrierten, entsandten stattdessen Radek, der über die revolutionären Möglichkeiten skeptisch war, und Pjatakow. Als Brandler nach Deutschland zurückkehrte, machte er sich daran, Vorbereitungen im Sinne seiner oben zitierten Erklärung von 1923 zu treffen. Wie die französischen Bourbonen vergaß er nichts und lernte nichts.

Deshalb wiesen die Vorbereitungen für den Aufstand trotz erheblicher finanzieller, technischer und politischer Hilfe durch die Sowjets eine unschlüssige und eher unwirkliche Qualität auf. Die KPD-Führung war unfähig, die nötige Wende zu vollziehen. Die

Abonniert!



SPARTAKIST
einschließlich Spartacist

12 Nummern DM 10,-

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde,
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11

Postgirokonto Frankfurt/Main
119 88-601 (Verlag Avantgarde)

Partei mußte den Schwerpunkt ihrer Arbeit von der praktischen Agitation um Tageskämpfe auf die unmittelbaren Vorbereitungen für den Aufstand verschieben; dabei muß der Zeitpunkt bestimmt werden, wann man die Losungen, die den Aufstand einleiten, in die Massen hineinträgt. Revolutionen müssen organisiert werden. An sich günstige Situationen reichen nicht aus. Doch Brandlers Zaudern, das im übrigen von dem linken Flügel um Maslow, Fischer und Thälmann geteilt wurde, gab schließlich den Ausschlag.

Die Erhebung sollte in Sachsen und Thüringen beginnen, wo die KPD ihre stärkste Anhängerschaft hatte. Am 10. Oktober trat die KPD in eine Koalitionsregierung mit der SPD-Linken in Sachsen und, einen Tag später, in Thüringen ein. Die Absicht hinter der Bildung dieser „Arbeiterregierungen“ war es, sie als Sprungbrett für die Bewaffnung des Proletariats und die Auslösung des Aufstandes zu benutzen. Der Stichtag wurde auf Anfang November festgesetzt. Ein Aufruf zum Generalstreik sollte das Signal sein, die Erhebung zu beginnen.

Die Bourgeoisie bekam allmählich wieder einen klaren Kopf. Drei Tage nachdem die KPD in die Regierung Sachsens eingetreten war, befahl Ebert der Reichswehr, das Gebiet zu besetzen. Um den Weg dafür zu ebnet, ordnete General Müller, der Kommandant des Bezirks, die Auflösung der Proletarischen Hundertschaften an. Die sächsische Regierung widersetzte sich dieser Anordnung; eine Woche später befahl Müller, der erbitterten Widerstand erwartete, daß Truppen in das Land einmarschierten. In diesem Zeitraum unternahm Brandler nichts, um die Bewaffnung des Proletariats zu beschleunigen oder um den militärischen Zusammenstoß mit der Reichswehr vorzubereiten.

Stattdessen beschloß Brandler, sein Vertrauen auf den Koalitionspartner der KPD, den linken Sozialdemokraten Zeigner, zu setzen. Die KPD legte den Plan für den Generalstreik, also das Zeichen, den Aufstand (!) zu beginnen, einer Konferenz sächsischer Arbeiterorganisationen zur Abstimmung vor, die am 23. Oktober in Chemnitz zusammentrat. Die Delegierten der Konferenz waren vor der Besetzung des Ruhrgebiets gewählt worden und waren auf keinen Fall repräsentativ für die Stimmung des deutschen Proletariats im Oktober 1923. Als Brandler also seinen Aufruf zum Generalstreik vorbrachte, stellte Zeigner sich bockig ... und die KPD-Führung, einschließlich der Linken, gab klein bei.

Nur in Hamburg fand, durch eine panikartige und leichtsinnige Entscheidung der KPD-Zentrale und eine sich überstürzende Reihe von Irrtümern, ein Aufstandsversuch statt. Hier, ohne ernsthafte Vorbereitung der Arbeiter und mit erst in letzter Minute getroffener Planung, waren etwa 600 Kämpfer mit einer Handvoll Pistolen anfänglich erfolgreich und erlangten die Kontrolle über die proletarischen Teile der Stadt. Dieser isolierte Herd der Revolution wurde daraufhin erstickt, doch erst, nachdem sich die Aufständischen tapfer behauptet und sich ihre Verbände geordnet aus dem Gefecht zurückgezogen hatten.

Durch die schändliche Kapitulation der KPD-Führung ließ sie die revolutionäre Situation aus den Händen gleiten. Die Bourgeoisie gewann die Initiative zurück. Das war



Bruckmann



Ullstein

Straßenkampf zwischen Kommunisten und Nazis (links); Konfrontation zwischen SPD-Miliz Reichsbanner und dem rechts-extremen Jungdeutschen Orden (rechts). Durch die Einheitsfront der Arbeiterorganisationen hätten die Faschisten zerschlagen werden können

eine Niederlage von weltgeschichtlichem Ausmaß. Die Arbeiter der Sowjetunion hatten die revolutionären Ereignisse in Deutschland 1923 mit lebhaftem Interesse verfolgt. Sie wußten, daß ein Sieg der Revolution den Anfang vom Ende der ökonomischen Knappheit in der Sowjetunion und eine machtvolle Ausweitung der internationalen Revolution bedeutete.

Das Fehlschlagen des deutschen Oktober 1923 gab der sich herauskristallisierenden stalinistischen Bürokratie in der UdSSR einen gewaltigen Anstoß. Es markierte einen Wendepunkt – in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und in der Komintern. In *The Third International After Lenin* (Die Dritte Internationale nach Lenin) stellte Trotzki fest:

„Die grundlegende Ursache der Krise der Oktoberrevolution besteht in der Verzögerung der Weltrevolution nach mehreren schweren Niederlagen des Proletariats. Bis 1923 war es das Scheitern von Bewegungen und Aufständen der Nachkriegszeit, zunächst aufgrund des Nichtexistierens der kommunistischen Parteien, und dann aufgrund ihrer Jugend und Schwäche. Ab 1923 ändert sich die Situation radikal: Es geht nicht mehr allein um Niederlagen des Proletariats, sondern um Niederlagen der Politik der Kommunistischen Internationale.“

Als die Bourgeoisie gegen Ende des Jahres 1923 die Initiative in Deutschland wieder an sich riß, war der Weg frei für die einzige Periode von Stabilität in der Weimarer Republik – der Periode von 1924 bis 1928. Das Abebben der revolutionären Welle wurde durch bedeutende Infusionen amerikanischen Kapitals, meist in der Form kurzfristiger Anleihen, beschleunigt. Natürlich ist das auch die Periode, in der die deutsche Kommunistische Partei zusammen mit der restlichen Komintern den beschränkten nationalen Kasteninteressen der wuchernden stalinistischen Bürokratie politisch untergeordnet wurde.

Die Geschichte der KPD in dieser Periode ist im wesentlichen von Interesse als ein Beispiel des im Links-Rechts-Zickzack verlaufenden Kurses der entstehenden stalinistischen Bürokratie. Brandler wurde Ende 1923

rausgeworfen und auf dem Fünften Weltkongreß, der acht Monate nach der deutschen Niederlage zusammentrat, zum Sündenbock für die schändliche Niederlage der gesamten KPD-Führung gemacht. Die ganze Angelegenheit des deutschen Oktober wurde lediglich als „Episode“ und „Fehler im Tempo“ abgetan. Der Höhepunkt der deutschen Krise, so wurde behauptet, stehe noch bevor, und die Situation gehe schwanger mit der Revolution.

Die KPD tritt in die „Dritte Periode“ ein

1926 schwenkte die Partei scharf nach rechts, als sie verspätet eine rein objektive „kapitalistische Stabilisierung“ entdeckte. Dann machte die Komintern 1928/29 wieder eine scharfe Wende nach links, wobei im Juli 1929 das Zehnte Plenum des EKKI stattfand, auf dem die Doktrinen der „Dritten Periode“ und des „Sozialfaschismus“ angenommen wurden. Einheitsfront-Abkommen oder Aktivitäten mit sozialistischen Parteien wurden untersagt. Die Dritte Periode sollte die letzte Periode des Kapitalismus in der ganzen Welt sein, die nur im Sieg der proletarischen Revolution enden könnte und würde – und dies war die unmittelbare Aufgabe der Komintern und ihrer Parteien. In der Dritten Periode wurde die Sozialdemokratie zum linken Flügel des Faschismus, das heißt zum „Sozialfaschismus“, und zum Hauptfeind erklärt. Einmal von der KPD angenommen, die in einem Land arbeitete, wo der Faschismus gerade zu einer tödlichen Bedrohung wurde, führte diese Politik zu einer entsetzlichen Katastrophe.

Die Doktrin des Sozialfaschismus war kaum etwas Neues. Sie war 1924 von keinem anderen als Stalin vorgetragen worden: „Die Sozialdemokratie ist objektiv ein gemäßigter Flügel des Faschismus.“ In der Tat sollte es auch Stalin sein, der 1923 in seinem berühmten Brief „man muß die Deutschen zurückhalten“ schrieb: „Gewiß, die Faschisten schlafen nicht, aber für uns ist es vorteilhafter, daß die Faschisten zuerst angreifen: Das wird die ganze Arbeiterklasse um die Kommunisten scharen (Deutschland ist nicht Bulgarien).“ Dies fand neun Jahre später in Thälmanns Losung: „Nach Hitler wir!“ sein Echo und wurde zur Grabinschrift der Kommunistischen Internationale.

Die weltweite Depression, die in Deutschland gegen Ende des Jahres 1929 einschlug, legte der Weimarer Republik die Schlinge um den Hals. Die Arbeitslosigkeit stieg 1930 auf 3 Millionen und im nächsten Jahr auf über 4 Millionen. Die deutsche Gesellschaft wurde wieder in eine tiefgehende wirtschaftliche und politische Krise gestürzt, die von neuem die Frage stellte – welche Klasse wird herrschen?

Die KPD-Doktrin des Sozialfaschismus errichtete eine Mauer zwischen ihr und der zentralen revolutionären Aufgabe, das Proletariat von der prokapitalistischen SPD wegzugewinnen. Die SPD war nach wie vor die stärkste Partei im Reichstag, nach wie vor die Mehrheitspartei der deutschen Arbeiter, nach wie vor der bestimmende Einfluß in der machtvollen Gewerkschaftsbewegung und daher nach wie vor das größte objektive Hindernis für eine erfolgreiche proletarische Revolution.

Die Wahlen im September 1930 enthüllten

eine ominöse Entwicklung. Die Nazis, die 800 000 Stimmen 1928 erhalten hatten, sprangen auf 6,4 Millionen Stimmen! Bei denselben Wahlen fiel der Stimmenanteil der SPD um 800 000 gegenüber dem Ergebnis von 9,2 Millionen Stimmen 1928. Der Anteil der KPD stieg um 1,3 Millionen auf insgesamt 4,6 Millionen Stimmen. Die Stalinisten, die für die Bedeutung der riesigen Stimmengewinne der Nazis blind waren, taten den massiven Aufschwung der Nazis einfach ab und logen sich stattdessen mit ihrem großen Wahl„erfolg“ selbst in die Tasche.

Es fiel allein Trotzki und der Internationalen Linken Opposition zu, Alarm zu schlagen. Für die Großbourgeoisie warf die faschistische Flutwelle eine einzige Frage auf. Sollten sie weiterhin versuchen, mit den alten Methoden von Weimar zu herrschen und sich auf die Sozialdemokratie verlassen? Oder war es notwendig, die faschistischen Banden zu benutzen, um das Proletariat zu zerschmettern und seine Organisationen in alle Winde zu zerstreuen? Einstweilen schwankte die Bourgeoisie. Indessen wandte sich das Kleinbürgertum, angesichts der kapitalistischen Krise zunehmend verzweifelt, nicht dem Proletariat zu, sondern den Kräften der gewaltigen Konterrevolution und der äußersten imperialistischen Reaktion.

Diese Situation war durch ein impotentes bürgerliches Regime bedingt, das von der konservativen SPD (die immer noch über die Unterstützung breiter Schichten der Arbeiterklasse verfügte) treu unterstützt wurde. Die Schwäche der KPD gegenüber der SPD war vor allem eine Folge der angehäuften Kraftlosigkeit der KPD. Die arbeitenden Massen Deutschlands glaubten nach ihren Erfahrungen von 1921, 1923 und in den folgenden Jahren nicht an die Fähigkeit der Kommunistischen Partei und ihrer Führung, einen revolutionären Sieg zu erringen. Wenn es der KPD gelingen sollte, die kleinbürgerlichen Massen vom Faschismus zu brechen, mußte sie das Proletariat für ihr Banner gewinnen, es politisch erobern.

Dafür war es notwendig, der Realität ins Auge zu sehen und denken zu lernen. Der massive Aufschwung an Wahlunterstützung für die Nazis war eine Niederlage für die Arbeiterklasse und eine Warnung. Trotzki und die Internationale Linke Opposition, die sich selbst als Fraktion der Kommunistischen Internationale verstand, bestanden auf der Notwendigkeit, die idiotische Doktrin des Sozialfaschismus zu verschrotten. Stattdessen plädierten sie für eine Politik, mit der Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse die Reihen zu schließen und so eine Einheitsfront mit den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern gegen die faschistische Gefahr zu bilden. Insbesondere drängte Trotzki die KPD, darum zu kämpfen, die Arbeiter und Arbeitslosen für die Losung umfassender planwirtschaftlicher Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu mobilisieren, um so die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Basis für eine Neuorganisation der deutschen Wirtschaft zu legen. Dies stellte die arbeitenden Massen direkt vor die Notwendigkeit, die Macht zu ergreifen.

Stattdessen blieb die KPD beharrlich bei ihrer Orientierung der Dritten Periode und vertiefte noch ihre Fehler. So versuchte Thälmann, mit den Faschisten zu konkurrieren, und übernahm ihre Losung der „Volksrevo-

Fortgesetzt auf Seite 12



Oktober 1931: Hitler und seine Sturmabteilungen gewinnen Anhang. Das Versagen der proletarischen Führung führte zum Sieg des Faschismus und seinem Grauen der Vernichtungslager



Progress Publishers

W. W. Norton

Trotzki...

Fortsetzung von Seite 4

zum Frieden heraus. Die SED/SPD-Plattform, bejubelt als die „erste gemeinsame Grundsatzklärung seit der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung 1918“ (*Der Spiegel*, 31. August 1987), fordert die „friedliche Koexistenz“ und „gemeinsame Sicherheit“ und erklärt, „Frieden, Beendigung des Wetttrübens, Entspannung liegen im Interesse beider Systeme...“ Weiter wird ausgeführt: „Keine Seite darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen... Beide Systeme müssen sich gegenseitig für friedensfähig halten.“ Dieses Papier zur „Friedenssicherung“, das am Vorabend der Reise von DDR-Chef Honecker nach Westdeutschland veröffentlicht wurde, wirft die fundamentale marxistische Lehre zum Fenster hinaus, daß der Kapitalismus historisch zum Untergang verurteilt ist und durch den Sozialismus ersetzt werden muß. Das Papier ist, wie der ostdeutsche Schriftsteller Rolf Schneider schrieb, durch und durch „ideologische Koexistenz“.

Schneiders Aufsatz über „Perestroika in der DDR“ (*Der Spiegel*, 5. Oktober 1987) bemerkte auch, daß die SED-Zeitung einen *Iswestija*-Artikel zum Brest-Litowsker Frieden abgedruckt hatte, der auf die „Genossen“ Trotzki und Bucharin Bezug nahm. „Mir verschlug es den Atem“, schreibt er. „Ich öffnete bei mir daheim die Schublade fürs Obsolete und tat den gesammelten Trotzki ins offene Regal.“ Weiter unten schreibt er: „Spätstens der erwähnte Genosse Trotzki im ‚Neuen Deutschland‘ und die Abschaffung der Todesstrafe in der DDR nämlich machten mir deutlich: die Dinge sind in Bewegung geraten.“ Es gibt wahrscheinlich mehr als nur ein paar innerhalb der ostdeutschen Intelligenz und Bürokratie, die irgendwo eine Schublade voll mit Trotzki versteckt haben. Vielleicht als Reaktion darauf druckte die *UZ* vom 4. März Auszüge aus Gorbatschows Rede vom 2. November 1987 ab und konzentrierte sich dabei auf seine Angriffe gegen Trotzki (komplett mit Stalin-Porträt).

Trotzki und der Kampf gegen Hitler

In seinem Essay „Blick nach vorn auf Trotzki und Stalin“ schreibt Herr Dr. Leciejewski, daß die stalinistische Bürokratie, unfähig, Trotzki Rolle bei der Geburt der



Yogeni Kraljevic

**1. Mai 1945,
Berlin: Rote
Armee befreite
Europa vom Nazi-
Terror und trug
mit ihren Panzern
die „Revolution
von oben“ auch
nach Ost-
deutschland –
1948 entstand
der bürokratische
deformierte
Arbeiterstaat
DDR**

Sowjetunion wahrheitsgemäß zu konfrontieren, genausowenig mit dem Hitler-Stalin-Pakt am Vorabend des Zweiten Weltkriegs fertigwerden kann. Der Tribut, den Dr. Leciejewski Trotzki's untadeliger Integrität erweist, dient einem entgegengesetzten Zweck, genauso, wie mancher skrupellose Doktor der Medizin heuchlerisch den Eid des Hippokrates an seiner Wand zur Schau stellt. Der Frankfurter Professor versucht, Rußland „eine Mitschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges“ zuzuschreiben mit dem Ziel, durch diese Verleumdung den deutschen Nationalismus zu „rehabilitieren“! Es braucht schon eine Menge Chuzpe, wenn dieses halb-offizielle Sprachrohr für Westdeutschland, den selbsternannten „Nachfolgestaat“ von Hitlers Drittem Reich, die *Sowjetunion* beschuldigt, die in dem tapferen und letztendlich siegreichen Kampf, den Nazi-Faschismus zu zerschlagen, 20 Millionen ihrer Bürger verlor.

Die imperialistische Bourgeoisie und die

Sozialdemokraten gleichermaßen verhöhnend die Stalinisten wegen des Hitler-Stalin-Pakts, um antikommunistische Vorurteile zu verstärken. Aber weit davon entfernt, „Zeit zu kaufen“, um die Verteidigung der UdSSR vorzubereiten, wie die Stalinisten das behaupten haben, *entwaffnete* der Pakt die sowjetischen Völker am Vorabend von Hitlers Überfall, indem er die Illusion sät, ein Abkommen mit dem Nazi-Führer könne den antisowjetischen Kriegskurs, der bis dahin schon in vollem Gange war, aufhalten. Jetzt nennt ein Beitrag in *Moskowskaja Prawda* den Hitler-Stalin-Pakt Stalins „größte verbrecherische Fehlrechnung“ (*FAZ*, 19. Mai). Dies am Vorabend des Moskauer Gipfeltreffens. Zweifellos dient dieses wichtige Eingeständnis teilweise dazu, den Weg für eine Neuaufgabe des Paktes freizuräumen. Aber heute sind „Entspannungs“-Illusionen, „Frieden in unserer Zeit“ zu erreichen (SED/SPD-Plattform) durch „Abrüstungs“-Abkommen mit Typen wie Ronald Reagan, ganz genauso

Revolution...

Fortsetzung von Seite 11

lution“: Damit radierte er die Abgrenzung zwischen Marxismus und Faschismus aus und half mit, einen Teil der Arbeiter und des Kleinbürgertums mit der faschistischen Ideologie zu versöhnen. Dieser Fehler wurde durch einen anderen übertroffen, den sogenannten „Roten Volksentscheid“. Hier vereinigte sich die KPD mit den Faschisten in ihrem Drängen auf Unterstützung für die von den Nazis angestrebte Abberufung der Regierungskoalition aus Sozialdemokraten und Zentrumspartei in Preußen. Diesen Aufruf zu erheben – zwangsläufig bedeutete er doch bei dem gegebenen Kräfteverhältnis nur, die Koalition der Sozialdemokraten und des Zentrums durch die Koalition Hitlers mit der deutschen Rechten zu ersetzen – ließ die KPD in den Augen der Massen als Gehilfin der Reaktion erscheinen. Der Volksentscheid mißlang, aber die Bereitschaft der KPD, unter diesen konkreten Umständen einen Block mit den Faschisten einzugehen, ließ das Ausmaß ihres Unverständnisses darüber erkennen, daß der Faschismus ein Rasiermesser ist, das an die Kehle der Arbeiter gehalten wird.

Wie Genossen wissen, gelang es Hitler, an die Macht zu kommen und das mächtigste und am besten organisierte Proletariat der europäischen Arbeiterbewegung zu besiegen, ohne daß ein einziger Schuß des Widerstands abgefeuert wurde. Die Verantwortung dafür ruht direkt auf den Schultern der Sozialdemokratie und der Stalinisten. Bis zum bitteren Ende spielte die Sozialdemokratie die Rolle eines parlamentarischen Strohmans für die Reaktion. Eine der letzten Taten der SPD im Reichstag war es, als die Nazis schon an der Macht und Hitler

schon Kanzler war, die Kredite für Hitlers Kriegshaushalt zu bewilligen! Unmittelbar danach karrten die Nazis sie in die Gefängnisse.

Trotzki und die Linke Opposition kämpften mit all ihrer Kraft, um die KPD und die Komintern von ihrem selbstmörderischen Kurs zu brechen – einem Kurs, der die Möglichkeit der proletarischen Revolution ausschloß und den Weg für den Sieg des Faschismus ebnete. Die Politik der KPD, inspiriert von Stalin & Co., mündete in die größte Niederlage für das Proletariat in der Geschichte. Es besteht kein Anlaß, diese Aussage im Lichte der Kriege, Revolutionen und Konterrevolutionen der vergangenen 50 Jahre zu revidieren. Wir würden heute in einer ganz anderen Welt leben, wenn die Ereignisse in Deutschland 1933 zugunsten der Arbeiterklasse ausgegangen wären.

Stalinismus und Sozialdemokratie lieferten die deutschen Arbeiter, mit den Köpfen auf die Schlachtbank gelegt, den Faschisten aus. Die Organisationen des Proletariats wurden zerschlagen und zerschmettert. Die Komintern verteidigte blindlings die Politik, die zu diesem Debakel geführt hatte und wiederholte Thälmanns Reaktion darauf: „Nach Hitler wir!“ Die Komintern und die KPD hatten einen historischen Verrat am Proletariat begangen und rechtfertigten noch nach dem Geschehen ihre Aktionen vor den Massen. Das war es, was Trotzki dazu führte, die Dritte Internationale für politisch bankrott und als revolutionäre Kraft für tot zu erklären.

1933: Die Notwendigkeit einer neuen Internationale

Mit dem Tod der Dritten Internationale verkündete Trotzki die Notwendigkeit, für die Schaffung einer neuen, revolutionären Internationale, der Vierten Internationale, zu

kämpfen. Dieser Kampf begann zu seinen Lebzeiten; er ist noch nicht zu Ende. Das ist das Banner, das von der internationalen Spartacist Tendenz aufgenommen wurde.

Die Lehren aus Revolution und Konterrevolution in Deutschland in der Periode von 1919 bis 1933 müssen weitaus detaillierter untersucht werden, als das in einer nicht ganz so kurzen Rede möglich ist. Sie haben eine brennende Bedeutung für uns heute. Wir leben nach wie vor in der imperialistischen Epoche, und heute wie im Jahre 1923 bleibt die entscheidende Aufgabe – die Schmiedung einer revolutionären Partei mit einer Führung, die imstande ist, eine revolutionäre Situation zu erkennen und die Partei rasch umzuorientieren, um den Kampf um die Macht aufzunehmen. Im falschen Moment auch nur für einige Tage zu zögern, kann zu einer versäumten revolutionären Gelegenheit führen, die für die Dauer einer ganzen Generation nicht wiederkehren wird. Unter den gegenwärtigen Bedingungen mag uns die Geschichte sehr wohl keine weitere Chance gewähren.

Zum Schluß möchte ich zwei Sachen hervorheben. Die verschiedenen am Kampf Beteiligten können am Anfang eines gesellschaftlichen Konflikts dessen Ausgang nicht genau vorhersehen; sonst bräuchte man ja nicht zu kämpfen. Aber als revolutionäre Marxisten ist es für uns sowohl möglich als auch notwendig, gewisse Berechnungen anzustellen und auf dieser Grundlage zu kämpfen. Ich glaube, daß unser Sieg, als wir die rassistische Konföderiertenflagge heruntergerissen haben (Aktion der Spartacist League/U.S. in San Francisco im April 1984, als sie die Flagge der Sklaverei vor dem Rathaus vom Mast herunterrissen), in sehr kleinem Maßstab zeigt, daß solche für das Proletariat wichtigen Fragen durch Kampf entschieden werden. Wenn man an solchen Kämpfen

tödlich. Trotzki wies darauf hin, daß Stalin den Pakt mit Hitler unterschrieb, weil die „demokratischen“ Imperialisten sich *weigerten*, einem Pakt mit der UdSSR zuzustimmen, aber er warnte:

„Der Nationalsozialismus erwuchs aus einem Kreuzzug gegen die Sowjetunion... Der Marsch nach Osten setzt von vornherein einen großen Krieg zwischen Deutschland und der UdSSR voraus. Wenn die Zeit für diesen Krieg gekommen ist, wird die Frage, auf welchem Längengrad der Krieg beginnt, nur zweitrangige Bedeutung haben.“ („The Twin-Stars: Hitler-Stalin“, Dezember 1939 – Das Doppelgestirn Hitler-Stalin)

Stalinisten können nicht die Wahrheit sagen über Trotzki's bolschewistischen Kampf gegen den Faschismus in Deutschland. Wieder und immer wieder, während die Bedrohung durch die Braunhemden 1931–33 wuchs, wiederholte er eindringlich: wenn es den Arbeitern nicht gelänge, Hitlers Aufstieg zur Macht zu verhindern, dann würde der Faschismus „wie ein furchtbarer Tank über Eure Schädel und Wirbelsäulen hinwegrollen“. Die KPD, mit Ernst Thälmann an der Spitze, *verzichtete* auf diesen Kampf auf Leben und Tod, der um die reine Existenz der deutschen Arbeiterbewegung ging, indem sie die selbstmörderische stalinistische Linie der „Dritten Periode“ propagierte, die SPD sei der „linke Flügel des Faschismus“, und behauptete, ein gemeinsamer Kampf mit sozialdemokratischen Arbeitern sei unmöglich. Mit der idiotischen Proklamation „nach Hitler – wir“ banden sie den KPD-Mitgliedern die Hände und besiegelten ihr Schicksal.

Obwohl die Linke Opposition in den zwanziger und dreißiger Jahren zahlenmäßig klein war, waren Trotzki's Schriften darüber, wie man die faschistische Bedrohung bekämpft, weit verbreitet. Sein Aufruf zu einer *Arbeiter-einheitsfront*, die die Stärke der Kommunisten und der Sozialdemokraten vereint, um den Faschismus zu zerschlagen, traf in breiten Teilen des deutschen Proletariats auf Resonanz. Ende 1931 schrieb Trotzki:

„Ohne Verzug muß endlich ein praktisches System von Maßnahmen ausgearbeitet werden – nicht mit dem Ziel der bloßen ‚Entlarvung‘ der Sozialdemokratie (vor den Kommunisten), sondern mit dem Ziel des tatsächlichen Kampfes gegen den Faschismus.“ („Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?“, Dezember 1931)

Zweifellos, die sozialdemokratische Büro-

aktiv teilnimmt, wird man ein Teil des Ergebnisses, statt bloß ein Beobachter zu bleiben.

Und schließlich, wenn Stalin, Sinowjew und Kamenjew 1917 die Leitung der bolschewistischen Partei gehabt hätten, dann, kann ich euch versichern, würden uns heute eine Menge gelehrter bürgerlicher Professoren erzählen, daß es in Rußland keine revolutionäre Gelegenheit für das Proletariat, sondern nur eine demokratische Revolution gegen den Zarismus gegeben hätte.

Wir sind sehr froh, daß wir eine deutsche Sektion der internationalen Spartacist Tendenz haben, die Trotzki'sche Liga Deutschlands. Es sind zuallererst diese Genossen, die sich mit diesen Fragen herumschlagen müssen und im Lichte der Erfahrungen der Russischen Revolution von 1917 die Lehren, die sie aus diesem Studium ziehen, verstehen und auf den Klassenkampf in Deutschland anwenden müssen. Die deutsche Frage war und ist weiterhin eine der Schlüsselfragen der proletarischen Revolution in der modernen Welt. Von ihr könnte durchaus das Schicksal der Menschheit abhängen.

Übersetzt aus Young Spartacus
Nr. 125, März 1985

KONTAKTADRESSEN

Hamburg: Spartakist
Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11
Tel.: (0 40) 33 17 94

Westberlin: Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21
Tel.: (0 30) 3 93 87 37

Trotzkistische Wahlkampagne in Frankreich

„Stimmt bolschewistisch!“, „Für eine Arbeiterregierung!“. Unter diesen Slogans startete die Ligue trotskyste de France (LTF) ihre Wahlkampagne im vierten Distrikt des Departements Seine-Maritime in der Normandie. Der Kandidat der LTF ist Gilles Cazin, der seit 1972 in der Autofabrik Renault-Cléon arbeitet. Cazin, Mitglied des Gewerkschaftsverbandes CGT, war in zahlreichen Arbeitskämpfen in Cléon aktiv, so auch bei der Betriebsbesetzung 1978. 1984 organisierte er eine Delegation von Arbeitern des Werks Cléon zur Unterstützung des hauptsächlich von eingewanderten Arbeitern getragenen Streiks in der Autofabrik Talbot außerhalb von Paris.

In diesem Distrikt, der im wesentlichen eine Arbeitervorstadt von Rouen ist, kandidiert Cazin gegen den „Sozialisten“ Laurent Fabius, von 1984 bis 1986 Premierminister unter Mitterrand. Fabius ist berichtigt für seine offene Erklärung, daß Mitterrands Volksfront, wie er es ausdrückte, die „Drekarbeit“ dafür übernommen hatte, kapitalistische Austerität gegen die Arbeiterklasse durchzusetzen. Und während Fabius als Premierminister herrschte, sprengten französische Staatsterroristen in Neuseeland die *Rainbow Warrior* und ermordeten dabei ein Mitglied der ökologischen Organisation Greenpeace.

Entscheidend für die Kampagne der LTF ist die Notwendigkeit, die Lehren aus sieben Jahren Klassenkollaboration unter Mitterrands Volksfront zu ziehen, zusammengefaßt in dem Slogan: „Es sind Mitterrand, Marchais (Führer der französischen Kommunistischen Partei, KPF) und Juquin (der antisowjetische Führer einer KPF-Abspaltung), die uns in diese Scheiße geritten ha-

ben.“ Die gegen die Arbeiterklasse, gegen die Immigranten und gegen die Sowjetunion gerichtete Volksfront hat in der Tat den Weg für die Rückkehr der Rechten 1986–88 und für das spektakuläre Wachstum von Le Pens faschistischer Nationaler Front geebnet. Jeder Kampf der Arbeiterklasse wird frontal mit der neuen Volksfront Mitterrands zusammenstoßen, die die Sozialistische Partei und bürgerliche Politiker der „Mitte“ umfaßt.

Die „Drekarbeit“ der Volksfront schloß die Verwüstung ganzer Sektoren der Industrie mit ein. Die Arbeitslosenquote liegt national bei 10 Prozent, in Seine-Maritime sind es 13 Prozent. Die Kampagne der LTF stellt die Forderung nach einer gleitenden Skala der Löhne und der Arbeitszeit auf – der Kürzung der Arbeitswoche bei vollem Lohnausgleich, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Sie wirft die Perspektive auf, die kapitalistische Industrie und die Banken zu enteignen, um die Basis für eine rationale, geplante Wirtschaft zu legen – eine Arbeiterregierung zu errichten, die sich auf die Organe der Arbeitermacht stützt –, und des sozialistischen Wiederaufbaus von Frankreich im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Die Kampagne der LTF ruft auf zur Mobilisierung von Arbeitern und Immigranten, um die Faschisten zu zerschlagen, und stützt sich dabei auf das Beispiel der Einheitsfrontdemonstration, die die LTF am 11. Dezember 1981 in Rouen organisierte und die mit der Unterstützung durch mehrere Gewerkschaften 400 antifaschistische Demonstranten mobilisierte. Und hinter dem Slogan der LTF: „Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten“ steht die Erfah-

rung ihrer Teilnahme an Protesten gegen die Folterung eingewandeter Jugendlicher durch die rassistische Polizei in Rouen 1985 sowie ihre Kampagne 1987 gegen die rassistische Diskriminierung durch das Restaurant „Flunch“ in Rouen.

Dies ist eine Kampagne, die darauf abzielt, die leninistische Rolle des Volkstribuns anzunehmen, indem sie die Hexenjagd auf Homosexuelle verurteilt, die von der Reaktion über die Frage von Aids geschürt wird, und indem sie ein Programm für die Befreiung der Frauen durch sozialistische Revolution anbietet. Die Kampagne richtet sich besonders an arbeitende Frauen, die die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung in dem Distrikt ausmachen. Ebenso stellt sie sich gegen den antisowjetischen Kriegskurs, in dem Mitterrand eine für Europa zentrale Rolle spielt, und verteidigt die Errungenschaften des Oktober gegen Imperialismus und innere Konterrevolution (wie Solidarność, Liebling der französischen Pseudotrotzkisten). Sie warnt vor Illusionen in die Möglichkeit einer „Défente“ zwischen der UdSSR und dem Imperialismus; unter der „Entspannung“politik droht die Gefahr der Auslieferung Afghanistans an die blutdürstige islamische Reaktion.

Die Wahlerklärung von Gilles Cazin schließt: „Die Zukunft wird nicht in den Wahlkabinen entschieden, sondern an der Front des Klassenkampfes, in den Fabriken und auf den Straßen. Dieser Kampf ist der Kampf der Ligue trotskyste, deren Ziel es ist, eine revolutionäre Avantgardepartei zu schmieden, die mit dem Programm von Lenin und Trotzki bewaffnet ist.“

Stoppt Nazis...

Fortsetzung von Seite 1

zeigt hätte für klassenkämpferische Mobilisierungen, um den rassistischen/faschistischen Terror zu stoppen und Stahlarbeitsplätze zu verteidigen.

Aber dieser wesentliche Faktor fehlte. Die DKP-Führung, die selbst tief in der Krise steckt, tanzt weiterhin nach der Pfeife der SPD: sie fördert Illusionen, daß der bürgerliche Staat die Nazis mit Gesetzen aus der Welt schaffen könne, und kapituliert vor der Demobilisierung des gewerkschaftlichen Protests. Die DKP vertuschte die Tatsache, daß die Masse der Arbeiterbewegung von Rheinlanden/Duisburg zu Hause blieb.

Bitburg in den Gerichtssälen und auf den Straßen

Als Reagan und Kohl am 8. Mai 1985 vor den Gräbern der SS-Mörder in Bitburg strammstanden, gaben sie grünes Licht für den gegenwärtigen dramatischen Anstieg von Antisemitismus und die rassistischen Terror-Angriffe auf Immigranten, Arbeiter und Linke. Mit dieser nationalistischen Orgie, die alte faschistische Bewegung zu rehabilitieren und die neue zu ermutigen, wollen die imperialistischen Herrscher die Mobilisierung der westdeutschen Bevölkerung für eine neue, und diesmal atomare, „Operation Barbarossa“ betreiben.

Doch die kapitalistischen Herrscher versprachen mit Bitburg auch, daß es einen Hagel von staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen geben würde. Rassismus und Antikommunismus laufen Amok in den Gerichtssälen. Kommunisten wird allein aufgrund ihrer Überzeugung Berufsverbot erteilt. Und wo dieser „Berufsverbot“-Staat mit Richtern, die in ihrem Eifer Nazi-Blutrichter Roland Freis-

Le Pen...

Fortsetzung von Seite 1

der Wille der militanten französischen Arbeiter, zu kämpfen, auf kriminelle Weise vergeudet. Die Geschichte der vergangenen zwei Jahrzehnte – von 1968 an – ist eine einzige Geschichte, den Klassenkampf im Dienste der Klassenzusammenarbeit zum Entgleisen zu bringen, ihn zu sabotieren und zu unterdrücken. Im Gegensatz zu den Reformisten und deren pseudotrotzkistischen Anhängseln stach die Ligue trotskyste de France (LTF) durch ihre proletarische Opposition gegen Volksfrontpolitik hervor. In einem langen Artikel über die Kampagne von Le Pen erwähnte die *Süddeutsche Zeitung* (20. April) aus München den Standpunkt der LTF:

„Linksextreme verteilen ihre Zeitschrift *Bolschewik*. Man könne mit Mitterrand und Lajoinie“ (Kandidat der KPF) „die Arbeitslosigkeit, den Rassismus und Faschisten nicht bekämpfen, denn sie haben uns in die Scheiße gefahren“, lautet die Schlagzeile.“

Französische Trotzkisten am 1. Mai in Rouen: Für Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung, um die Faschisten zu zerschlagen!



Authentischer Trotzkismus kann bei KP-Militanten Gehör finden, die die verbrecherische Passivität ihrer Partei satt haben. Die KPF sagte, sie „hege keine Illusionen“ (*L'Humanité*, 28. April), daß ein Sieg von Mitterrand der Arbeiterklasse zugute kommen werde („im Gegenteil“, fügte Marchais zynisch hinzu), während sie dazu aufrief, Mitterrand zu wählen, um die Rechte aufzuhalten. Aber viele ihrer einfachen Mitglieder folgen vielleicht nicht diesem Weg in die Niederlage. Als am 1. Mai CGT-Militante an einer Ortszentrale der SP vorbeimarschierten, riefen sie im Sprechchor: „Mitterrand, Verrat“. Unterstützer der KPF, die aus dem Teufelskreis von Volksfronten, die sich mit offener Reaktion abwechseln, auszubrechen suchen, sollten das Beispiel von Tribune communiste studieren, einer Gruppe, die aus dem pro-sowjetischen „antiopportunistischen“ Milieu in der KPF und ihrem Umfeld kam und mit der Ligue trotskyste diesen Februar fusionierte.

Angesichts von Le Pens Provokation am 1. Mai veröffentlichten unsere Genossen der LTF einen dringenden Appell für eine Einheitsfront-Mobilisierung von Arbeitern/Immigranten, um die Faschisten zu stoppen. Diesen Appell drucken wir im folgenden nach.

Die schreckliche Hydra des Faschismus erhebt sich so drohend wie nie zuvor. Le Pen ist bei seinen Angriffen auf die Arbeiter eine

Stufe weitergegangen und hat den 1. Mai, Symbol des Kampfes der internationalen Arbeiterbewegung, dazu ausgewählt, seine Truppen zu einem sinistren Marsch durch die Straßen von Paris aufzurufen. Die Arbeiterbewegung muß dieser äußerst gefährlichen Provokation eine Niederlage beibringen.

Während der Wahlkampagne für die Präsidentschaft hat Le Pen ungestraft die Tribüne des Wahlkampfes benutzen können, um im ganzen Land seine Aufrufe zu rassistischem und antikommunistischem Haß zu verbreiten. Am selben Abend des ersten Wahlgangs, gestärkt durch seinen spektakulären Durchbruch bei den Wahlen, hat der Kandidat der Nationalen Front (Front national) die Maske endgültig fallen lassen und zur Eroberung der Straßen von Paris am 1. Mai aufgerufen. So wie ein gewisser Hitler am 1. Mai 1933... Der französische Führer will an diesem 1. Mai seine Kräfte zur Schau stellen und seine heterogene Wählerschaft in Stoßtruppen gegen Arbeiter und Immigranten organisieren. Wie die britische Zeitung *The Guardian* vom 26. April bemerkte, ist dies „ein ausgemachter Akt des Nationalsozialismus“. Man muß die Faschisten zerschlagen, bevor sie uns zerschlagen!

Die Arbeiterklasse hat die soziale Macht, die Faschisten daran zu hindern, am 1. Mai zu marschieren, und sie zu zerschlagen. Wir brauchen Hunderttausende von straff organisierten Arbeitern, um das Terrain zu beset-

zen, auf dem die Faschisten paradiere wollen. Es gibt keine Sekunde mehr zu verlieren. Bereits am 27. Januar hat es Einheitsfrontaktionen durch den Aufruf der KPF gegeben (die allerdings diese Initiative schnell wieder begraben hat), an denen sich die Ligue trotskyste beteiligt hat, wo sich in ganz Frankreich Zehntausende von Arbeitern und Antifaschisten versammelt haben, um zu rufen: „Le Pen jetzt reichs!“ Heute müssen wir eine höhere Stufe erreichen. Die politischen und gewerkschaftlichen proletarischen und demokratischen Organisationen haben die Verantwortung, von jetzt an eine entschlossene, massive Einheitsfrontaktion zu organisieren, die an diesem Tag in den Straßen um die im wesentlichen von der CGT organisierten Bataillone der Arbeiterklasse die Jugend, Frauen, Immigranten, Juden, Homosexuellen usw. scharf, um die Faschisten zu stoppen.

Aber wir warnen: Nötig ist ein Abkommen über Kampf, nicht eine sogenannte „Aktion“ parlamentarischen Drucks, Mitterrand gegen „Rechts und Rechtsextreme“ wiederzuwählen. Le Pen hat sich seit 1981 genährt durch die Antiarbeiter-, Antimmigranten- und antisowjetische Politik der „Links“-regierungen und durch die Lähmung der Arbeiterklasse, die gefesselt war durch ihre Führungen von SP, KPF und Gewerkschaften, welche diese Regierungen unterstützt und daran teilgenommen haben. Gestoppt werden die Faschisten nur durch Hunderttausende von mobilisierten, entschlossenen Arbeitern.

Tiefgreifende Differenzen existieren zwischen den unterschiedlichen Arbeiterorganisationen, aber dies darf kein Hindernis für die notwendige Einheitsfrontaktion sein. Und im Rahmen einer gemeinsamen Aktion könnten alle beteiligten Organisationen selbstverständlich ihr Programm und ihre eigenen Losungen entwickeln.

Die Provokation von Le Pen zum 1. Mai tatenlos geschehen zu lassen, heißt, Le Pen freien Lauf zu gewähren, damit er morgen die faschistische Gewalt total entfesseln kann. *Dies ist eine Frage von Leben und Tod!*

- Die Faschisten dürfen am 1. Mai nicht in Paris marschieren!
- Mobilisierungen von Arbeitern/Immigranten, um die Faschisten zu zerschlagen!
- Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!
- Selbstverteidigungsgruppen von Arbeitern/Immigranten, basierend auf den Gewerkschaften!

Ligue trotskyste
27. April 1988

LE BOLCHEVIK

Le Pen parade le 1^{er} mai à Paris
Il faut écraser les fascistes!

Pour des mobilisations ouvrières/immigrées!

Indépendance pour la Nouvelle-Calédonie!
Sale guerre coloniale contre les Kanaks

abonnez-vous au Bolchévik

1 an (10 numéros): 10,- DM
Commande: Verlag Avantgarde,
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11

ler in nichts nachstehen, auf *DKP*-Jagd geht, da verlangt die *DKP* von ihm, die *Faschisten* zu „verbieten“! Was die Justiz angeht, so sitzen noch viele Nazis auf der Bank; Richter blieben notorisch von der „Entnazifizierung“ unberührt.

Musiker der Bayerischen Staatsoper gewannen früher in diesem Jahr einen Prozeß vor einem Münchner Gericht – auf der Grundlage eines *Nazi-Rassengesetzes aus dem Jahr 1937*, wonach kein Deutscher gezwungen werden kann, von einem Schwarzen geschriebene Musik zu spielen! Der Beschluß galt „Elite Syncopations“, einem Ballett des britischen Choreographen Sir Kenneth MacMillan, das auf der Musik des großen amerikanischen Ragtime-Komponisten Scott Joplin basiert.

Die Westberliner Junge Union hat eine Initiative gestartet, die bewegenden Denkmäler für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht niederzureißen, die erst 1987 an den Mord-schauplätzen am Landwehrkanal errichtet wurden, nach zwei Jahrzehnten des Widerstands von seiten des Westberliner Senats. Die *CDU*-Jugend geiferte über einen „Wallfahrtsort von Sozialdemokraten und Kommunisten“, der „Anti-Demokraten“ ehrt, und setzt Luxemburg mit dem Nazi-Idol Horst Wessel gleich (*taz*, 20. April)!

In Stade bei Hamburg wurde nach fast zehn Jahren ein Prozeß über die Authentizität des Tagebuchs der Anne Frank wieder aufgenommen, der zwei Nazis namens Geiss und Römer die Möglichkeit gab, ihren Dreck des „Propagandamärchens“ von der „Saga der sechs Millionen“ ermordeten Juden auszukotzen! Obwohl die Nazis den Prozeß verloren, ließ das Gericht sie zu Anklägern werden. Anne Frank wurde für viele Millionen international zu dem Symbol für Mut und Leiden unter der Barbarei des Holocaust. Jetzt wollen die Nazis, 40 Jahre nachdem Anne Frank in Bergen-Belsen ermordet wur-



Spartakist

8. Mai, Westberlin: Kranzniederlegung von 23 Organisationen für Opfer des Nationalsozialismus; Foto zeigt Schleifen von iST/TLD und SJV Karl Liebknecht

de, auch die Erinnerung an sie ermorden.

Die Tochter des *KPD*-Führers Ernst Thälmann verfolgt seit 40 Jahren eine Mordanklage gegen Buchenwald-Lagerspiß Wolfgang Otto. Jetzt läuft ein Revisionsverfahren, nachdem das im Mai 1986 vom Krefelder Landgericht gefällte Urteil aufgehoben wurde. Dieses Urteil „begründete“, Otto könne sogar als Unterzeichner der von Hitler autorisierten Exekutionsorder nicht verurteilt werden. Er wäre „nur ein Befehlsempfänger“. Nur ein „Schreibtischtäter“ – wie Eichmann!

Rheinhausen...

Fortsetzung von Seite 16

strukturellen Stahlkrise reden können – die Wahrheit wäre zu schändlich.

Das von der *SPD* ausgeheckte Komplott falscher Versprechungen, ein paar „High-Tech“-„Umschulungsmaßnahmen“ anzubieten (ohne Unterstützung durch Regierungsgelder), wurde von der *DKP* und praktisch allen anderen „Linken“ begeistert aufgegriffen. Diese „Alternative“ läuft darauf hinaus, dir auf die Schulter zu klopfen und eine Zugfahrkarte nach München in die Hand zu drücken – wenn du Deutscher bist. Wenn du Türke bist oder eine andere Nationalität hast, wird die Fahrkarte wohl eher von einem Ausweisungsbefehl begleitet sein und dich in erdrückende ländliche Armut zurückschicken oder in die Folterkammern der Diktatoren. Die *SPD* hat auch dafür den Weg geebnet – Zimmermann beschleunigt es nur. Wenn man die linke Presse liest, könnte man denken, daß alle Immigranten schon deportiert worden sind. Jedoch sind ein Drittel der Rheinhausener Belegschaft Türken und Kurden, sie sind der kämpferischste Teil und haben am wenigsten Illusionen in Lafontaines Abschiebepartei.

Was die wütend antisowjetische Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (*MLPD*) betrifft, sie drehen der gesamten Macht der organisierten Arbeiterbewegung Westdeutschlands einfach den Rücken zu. Mit ihrem absurden Aufruf zu einem „selbständigen Streik“ ohne die *Gewerkschaft* halten sich diese Sektierer raus aus dem zentralen Kampf um eine alternative, klassenkämpferische Führung in den *Gewerkschaften*, ein Kampf gegen den lähmenden Einfluß der Bürokraten. Für eine weitere stalinophobe Sekte, den Bund Sozialistischer Arbeiter (*BSA*), bestand die Aufgabe nicht darin, Rheinhausen zu retten, sondern die *SPD* zu retten – sie riefen die Reformisten auf, sich zu reformieren.

SPD-Spitzen – Bullen in den Gewerkschaften

Der sich vergrößernde Riß zwischen den *SPD*-Spitzen und ihrer Arbeiterbasis wurde betont, als der Betriebsrat versuchte, den

SPD-Vize Oskar Lafontaine zu holen, um die Lage abzukühlen. Dieser Vorschlag wurde von den Arbeitern mit Obszönitäten „begrüßt“. Lafontaines zynischer Vorschlag von Lohnkürzungen, um die schwindende Profitabilität des deutschen Kapitals wiederherzustellen, wurde von den Bossen und von Reaktionsären wie Franz Josef Strauß begrüßt. Der *FDP*-Außenminister Genscher (dessen Partei die *SPD* gerne aus Kohls Regierungskoalition weglocken möchte, um eine neue Volksfront aufzumachen) stattete Lafontaine sofort einen Besuch ab. Steinkühler blubberte etwas von einem „Dolchstoß in den Rücken“ – obwohl die *IG Metall* im Dezember ihr eigenes Strategiepapier veröffentlicht hatte, mit dem Plan, Stahl für die „zukunftsorientierten Industrien zu opfern. Dort sehen die *IGM/SPD*-Spitzen ihre eigene Zukunft bei einer sich verschiebenden Beitrags- und Wählerbasis. Ein Rheinhausener Arbeiter sagte es kurz und bündig: „Die interessieren sich doch nur noch für die Angestellten, für die Aufsteigertypen aus den Computerfirmen. Wir sind doch für die der letzte Scheiß“ (*taz*, 13. Mai). Wie wir im Januar im *Spanakist* Nr. 55 schrieben:

„Der Sozialdemokratie sind jetzt angesichts solcher Kämpfe die Mittel ausgegangen, ‚sozialen Frieden‘ zu erkaufen. Wenn ein Stahlwerk schließt, bedeutet ‚Mitbestimmung‘, daß ein *Gewerkschaftsbürokrat* die Arbeit bekommt, den Arbeitern zu erzählen, daß sie ihre verloren haben.“

Es paßt, daß Lafontaine als Sprecher der *SPD* offen die streikbrecherische Austeritätspolitik von Kinnock und Mitterrand befürwortet. Er stand an der vordersten Front des „linken“ deutschen Nationalismus der „Friedensbewegung. Seine Opposition gegen die *NATO*-Mitgliedschaft Westdeutschlands beruhte auf der Vorstellung, daß es „De Gaulles Beispiel folgen sollte“ – d. h. daß der deutsche Imperialismus im Kalten-Kriegs-Kurs gegen *UdSSR* und *DDR* seinen eigenen Finger am nuklearen Abzug haben sollte.

Für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung!

Arbeitslosigkeit und Demoralisierung im verödenen Ruhrgebiet bieten einen fruchtbaren Nährboden für das Wachstum von rassistischen und chauvinistischen Strömungen. So fühlten sich die *Faschisten* derart ermutigt, daß sie am 1. Mai, dem Kampftag

Doch die *taz* öffnet am 9. Mai ihre Seiten einem H. D. Heilmann, der Eichmann und Otto beide für „nicht schuldig“ erklärt! Für jeden anständigen Menschen wäre es eine kleine, aber wirkliche Genugtuung, einen von Thälmanns Mördern wenigstens hinter Gittern zu sehen.

Eine neue Generation von Jugendlichen, die in ihren Schulen und Stadtteilen der wachsenden faschistischen Gefahr gegenübersteht, sucht nach dem Weg, wie sie diese bekämpfen und stoppen kann. Heute wird das Führungsvakuum breiten Schichten von Jugendlichen und Arbeitern deutlich. Im verfallenden Kapitalismus sind Rassismus und Faschismus die unvermeidbaren Produkte des überlebten nationalistischen und barbarischen Sich-Gegenseitig-Zerreißen um „Lebensraum für die Rasse“.

So ist der Kampf gegen Rassismus und faschistischen Terror letztendlich Teil des revolutionären Kampfes um die proletarische Macht. Kämpferische Mitglieder der *DKP* wollen ernsthaft die *Faschisten* zerschlagen sehen. Aber weil die *DKP* ihre Perspektive darauf aufbaut, das Vierte Reich zu reformieren, bindet sie sich nicht nur im Kampf gegen die *Faschisten* die Hände. Weil sie sich keine andere Wiedervereinigung Deutschlands vorstellen kann als eine kapitalistische, händigt sie auch die nationale Frage an die *Faschisten* aus. Aber der Kampf um die proletarische Macht stellt die Frage der *revolutionären Führung*. Und die Wiederherstellung der Einheit des Proletariats stellt in diesem Land die Frage der *revolutionären Wiedervereinigung Deutschlands* als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Das ist das Programm der *Trotzkistischen Liga Deutschlands*, die für die bedingungslose Verteidigung von *UdSSR* und *DDR* gegen imperialistische Angriffe und innere Konterrevolution steht.

Der 17. Juni ist zum Brennpunkt der Frage

der Arbeiterklasse, eine mörderische Provokation selbst gegen die organisierte Arbeiterbewegung starteten (siehe „Stoppt Nazi-Provokationen!“ auf Seite 1). Angesichts massiver Arbeitslosigkeit und zunehmenden rassistischen Terrors brauchen die Arbeiter eine militante klassenkämpferische Führung. Angetreten als „Volkspartei“, gewann die *SPD* die Wahlen in Schleswig-Holstein; dies ist symptomatisch für die wachsende Isolierung der Kohl-Bande. Aber die Kapitalisten haben es geschafft, die Arbeiterbewegung durch reaktionäre Gesetze wie das Betriebsverfassungsgesetz gefangen zu halten. Mittels der unterwürfigen Betriebsräte wurde eine prokapitalistische Kaderschicht geschaffen, ausdrücklich darauf zugeschnitten, „vertrauensvolle Zusammenarbeit“ mit der herrschenden Klasse durchzuführen. Eine alternative klassenkämpferische Führung der *IG Metall* würde die Basis von der klassenkollaborationistischen Politik der *SPD* brechen und in diesem Prozeß jene lähmenden Instrumente des Klassenfriedens zerschlagen. Die Arbeiterklasse für Klassenkampf zu mobilisieren erfordert wirkliche Demokratie in den *Gewerkschaften*, und das bedeutet, für die *Unabhängigkeit* der *Gewerkschaften* vom bürgerlichen Staat zu kämpfen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit wird erreicht werden, wie sie bisher erreicht wurde: nur durch Klassenkampf – nicht dadurch, daß man die Gerichte der Bosse in der Arbeiterbewegung regieren läßt, oder durch endlose Besprechungen mit den Bossen. Für eine wirkliche gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit, um die vorhandene Arbeit auf alle Hände aufzuteilen bei vollem Lohnausgleich! Dreifache Bezahlung von Überstunden! Arbeitslosengeld ohne Bedingungen, ohne zeitliche Begrenzung, in Höhe des vollen Lohns! Der Kampf für diese Forderungen würde die Versuche zunichte machen, einen Keil zwischen die Arbeiter zu treiben – zwischen Deutsche und Immigranten, Männer und Frauen, Beschäftigte und Arbeitslose. Das bedeutet, direkt das kapitalistische Eigentum in Frage zu stellen und das „Recht“ der Bosse, ganze Gemeinden durch Fabrikstilllegungen zu verwüsten. Und es bedeutet, die Macht der Arbeiterklasse gegen nationale und rassische Unterdrückung zu mobilisieren. Volle Staatsbürgerrechte für eingewanderte Arbeiter! Massenmobilisierungen von Arbeitern/Immigranten, um die *Faschisten* zu zerschlagen!

Die Kapitalisten werden weiterhin die

der „nationalen Einheit“, zu dem Mobilisierungstag für Revanchismus und wiederaufsteigenden Faschismus geworden. Dieser Tag wurde von der lüngerischen imperialistischen Reaktion usurpiert. Aber am 17. Juni 1953 zeigten die ostdeutschen Arbeiter den Weg vorwärts für das deutsche Proletariat und eröffneten den Kampf für eine *proletarische politische Revolution*, um die stalinistische Bürokratie rauszuschmeißen und die politische Macht durch die Errichtung der Sowjetdemokratie zu erobern. Sie riefen die westdeutschen Arbeiter auf, auch die eigenen unerledigten Aufgaben zu erfüllen. Dies bedeutete und bedeutet noch immer eine *soziale Revolution*, um die Staatsmacht den Händen der Kapitalistenklasse zu entreißen.

Die organisierte Arbeiterbewegung muß den 17. Juni zurückerobern und die *faschistischen Mobilisierungen* stoppen, die dieses Jahr auch in Großstädten drohen. In Westberlin, der Zielscheibe von drei derartigen Provokationen, drohen Nazis und Skinheads in den Straßen Amok zu laufen. Dies ist die Stunde, um das Rückgrat des Nazi-Terrors zu zerbrechen! Nötig ist die Gegenmobilisierung einer wirklichen massenhaften Einheitsfrontaktion, aufgebaut auf *Gewerkschafts- und Immigrantenselbstverteidigungstrupps*! ■

„Salamitaktik“ gegen die Arbeiter an und versuchen, einer totalen Konfrontation mit der Millionen starken *DGB*-Basis aus dem Wege zu gehen. *Gewerkschafter* sind sich sehr wohl bewußt darüber, daß die mächtigste *Gewerkschaft* im kapitalistischen Europa, die *IG Metall*, die soziale Macht hat, diese Angriffe auf der Stelle zu stoppen. Die kämpferische und mächtige Mobilisierung von zwei Millionen Metallarbeitern würde notwendigerweise die Frage aufwerfen, wer die Staatsmacht hat, weil es de facto ein Generalstreik wäre.

Die Machtfrage wurde in der Tat durch den Rheinhausener Streik vom 10. Dezember klar gestellt, und im April erneut – und jeder wußte das. *Bruckschen & Co.* erklärten: „Wir wollen keine andere Republik.“ Aber Hunderttausende von *Gewerkschaftern* haben ihren Willen gezeigt, gegen die Wirtschaftspläne der Kapitalisten und gegen den kapitalistischen Staat anzugehen. In einer Fernsehsendung über die Frauen von Rheinhausen drückte es eine der Kämpferinnen richtig aus: „Kruppianer zu sein ist keine Ehre.“ Sie rief Krupps Verantwortung für das Massenschlachten im Zweiten Weltkrieg in Erinnerung. Krupp, zusammen mit Thyssen Hitlers Waffenschmiede, baute sein Imperium auf Blut und Knochen der jüdischen und anderen Zwangsarbeiter auf.

Nötig ist eine internationalistische Arbeiterpartei. Die Stahlkrise zeigt anschaulich die Notwendigkeit einer rationalen internationalen Wirtschaftsplanung, die für die Menschheit die Produktionskapazitäten nutzbar macht, die jetzt von den Krupps und Thyssens zerstört werden. Dies erfordert die Errichtung einer revolutionären Arbeiterregierung, die die Kapitalistenklasse enteignet. Die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa mit einem revolutionär wiedervereinigten Deutschland als ihrem Kern würden die mächtigen deutschen und französischen Arbeiterklassen vereinigen, um das Ruhrgebiet und Lothringen in einer sozialistischen Gesellschaft wiederaufzubauen. ■

Einzelpreis
DM 1,50

Abonniert!

Zeitschrift der Frauenkommission der Spartacist League/U.S.

4 Nummern: DM 8,- (Luftpost)

Zu beziehen über die Redaktionsanschrift

SPARTAKIST

Für eine revolutionäre Arbeiterpartei!

SPD kilt Rheinhausen

Sieben Monate lang haben die Stahlarbeiter vom Werk Rheinhausen gekämpft, um ihren Betrieb zu retten. Im Mai besiegelte der Aufsichtsrat von Krupp, was ihnen der SPD-Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen Johannes Rau einen Monat zuvor reingewürgt hatte: Die Produktion des Werks soll bis Ende 1990 auslaufen. Jeder weiß, daß es die SPD ist – die IG-Metall-Führung unter Steinkühler und Raus NRW-Regierung –, die in trauter Zusammenarbeit mit den Stahlkonzernen und Banken Rheinhausen kilt. Und sie taten das, während die branchenweiten Stahl-Tarifverhandlungen noch liefen.

Der Streik in Rheinhausen hätte gewonnen werden können, die Stahlarbeitsplätze gerettet werden können durch eine militante, klassenkämpferische Strategie, die Rheinhausen und die Werkschließung in den Mittelpunkt der Stahltarifrunde gerückt hätte. Aber was fehlt, ist eine revolutionäre Führung in der Gewerkschaft, die für diese Strategie kämpft – und siegt.

Über Monate hinweg hatten die reformistischen Irreführer vom Betriebsrat – Rechte wie „Linke“ – es geschafft, die Kampfkraft der Arbeiter in eine endlose Reihe „symbolischer“ Proteste zu kanalisieren. Aber am 10. Dezember verwandelte sich ein eintägiger Streik, der den Höhepunkt einer „Solidaritäts“woche darstellen sollte, in einen Generalstreik, der von der ganzen Bevölkerung mitgetragen wurde und die gesamte Gegend von Rheinhausen und Duisburg lahmlegte. Dann brachte am 9. April die Veröffentlichung einer Abschrift eines Telefongesprächs des Krupp-Vorstandsvorsitzenden Gerhard Cromme durch die taz die wütenden Rheinhausener Arbeiter dazu, den Kampf noch einmal dramatisch zuzuspitzen. Die Abschriften von Crommes arroganten Telefongesprächen bewiesen, daß die Verräter des SPD-Regimes der Werkschließung schon vor Monaten grünes Licht gegeben hatten. In seinem Gespräch vom 8. Januar mit dem Thyssen-Boß Kriwet erzählte Cromme ihm von seinen Spitzengesprächen mit Rau und anderen SPD-Leuchten:

„Wir waren zusammen da und haben das alles noch mal episch dargelegt und gesagt, das muß gemacht werden, und das wird gemacht, und die Meinung war dort – aber so können wir es natürlich nicht bringen – ja, macht es möglichst schnell, denn dann ist das Thema gelöst und so weiter, und der Krach ist weg.“ (Frankfurter Rundschau, 11. April)

Arbeiter erinnerten sich, daß SPD-Bundestagsabgeordnete jede Erwähnung von Rheinhausen vermieden hatten, und daß der SPD-Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen Farthmann das Werk tatsächlich abgeschrieben hatte. Bekanntermaßen liefen auch die Vorschläge, die Rau in Umlauf setzte, nur darauf hinaus, den Kapitalisten dicke Zuschüsse zu geben, den „Produktionsfaktor Klassenfrieden“ wiederherzustellen und einen Plan à la Margaret Thatcher umzusetzen, Duisburg in eine steuerfreie „Freihandelszone“ zu verwandeln als Lösung für die fast 30prozentige Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet.

Die SPD liegt auf einer Linie mit der Strategie der großen Konzerne und der Banken. Die Deutsche Bank veröffentlichte Anfang des Jahres ihre Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik, die tiefe Einschnitte in alle So-

zialleistungen und rabiate Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiter enthalten. Die Stahlbarone, unter der Führung von Alfred Herrhausen und seinesgleichen, haben außerdem wohlbekannte strategische Pläne, die Strukturkrise europäischer Überproduktion und sinkender internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu „lösen“, indem sie das Eurofer-Kartell der EG benutzen, um die europäische Stahlproduktion radikal zusammenzustreichen und die Produktion in Niedriglohnländer zu verlagern.

Die Cromme-Tonbänder waren seit Monaten unter Journalisten und Politikern herumgereicht worden, bevor die taz sie an die Öffentlichkeit brachte. An dieser Verschwörung des Schweigens gegen die Arbeiter nahmen auch die Kleinburekrate vom Betriebsrat teil, dessen Vorsitzender Manfred Bruckschen zugab: „Ich kenne das Tonband schon zweieinhalb, drei Monate und die Landesregierung auch“ (Süddeutsche Zeitung, 11. April). Obwohl die NRW-Regierung sich drehte und wand, um pro forma ihr Gesicht zu wahren, und Cromme sich aufplusterte, war er von den Enthüllungen nicht besonders beeindruckt. In der Tat beschleunigte das Presse-Leck nur die Entwicklung und diskreditierte die SPD – zum Wohlgefallen der CDU. Aber die Veröffentlichung der Bänder wandelte die Arbeitsniederlegung in Rheinhausen um in einen politischen Streik gegen Raus SPD-Regierung und deren „sozialen Frieden“ der Arbeitsplatzvernichtung im Ruhrgebiet.

Wo er nun 6000 wütenden Arbeitern gegenüberstand, flehte Bruckschen Rau an, herzukommen und eine Lösung zu makeln. Und er verpaßte ihnen eine – geradewegs aus den Vorstandsetagen der Stahlkonzerne und der Deutschen Bank. Rau führte das durch, wofür Lafontaine eintritt und wofür er seine ganze Publicity erhalten hat: eine radikale „Arbeitszeitverkürzung“ mit entsprechendem „Lohnverzicht“ – nämlich runter auf Null! Das ist es, was Verräter wie Lafontaine und Engholm, unter Willy Brandts Patenschaft, versprechen, wenn sie von der SPD als „wirklicher Volkspartei“ reden – zunehmend



Rheinhausener Arbeiter vor Krupp-Villa. Klassenkämpferische Führung hätte Macht der IG Metall entfesselt

als erklärte Bullen und Streikbrecher in die Arbeiterbewegung einzugreifen.

Entfesselt die Macht der IG Metall!

In einem Betrieb, den die Bosse sowieso schließen wollen, einen einfachen Streik auszurufen, ist nicht gerade die effektivste Taktik, um die Schließung zu verhindern. Wie die Arbeiter wissen, von Werften wie AG Weser und HDW und Fabriken der schwer angeschlagenen Stahlindustrie wie der Maxhütte in Bayern und Thyssen in Hattingen und Oberhausen, ist die Ausweitung des Kampfes entscheidend für die Verhinderung von Werkschließungen. Die Möglichkeit dafür existiert in Rheinhausen konkret. Im Gegensatz zu früheren kämpferischen Streiks und Fabrikbesetzungen in der Metallindustrie – die die IGM-Spitzen eine nach der anderen den Bach runtergehen ließen, indem sie keine nationale Unterstützung gaben – war in Rheinhausen von Anfang an das Bewußtsein da, daß dies die entscheidende Frage für die gesamte Stahlindustrie und die ganze Region war. Die Basis kämpfte wirklich für eine industrieweite Strategie, aber genau diese Strategie wurde von der Steinkühler-Führung zurückgewiesen und zerschlagen. Die taz faßte

am 13. Mai zusammen:

„Die Ende des letzten Jahres beginnende Stahl-Tarifrunde, so forderten die Rheinhausener und viele aktive Gewerkschafter aus anderen Stahlwerken, sollte von der Gewerkschaft dazu genutzt werden, den Rheinhausener Betriebskonflikt zum Branchenkonflikt zu erweitern. Die Basis der gewerkschaftlichen Vertrauensleute stand bereit. Auf einer Vertrauensleute-Versammlung in Dortmund stimmte sie im Januar einmütig und gegen den Widerstand der bezirklichen Verhandlungsführer für sofortige Urabstimmung.“

Das waren 4000 Vertrauensleute, die am 13. Januar für Streik stimmten. Es ist klar: wenn zu einem Metallstreik aufgerufen worden wäre, wären die verknöcherten Bürokraten und die aufstrebenden Betriebsratsmitglieder schnell beiseite gefegt worden, während die westdeutschen Metallarbeiter die Stahlbarone und ihre Politiker von der CSU bis zur SPD in die Knie gezwungen hätten. Streikkomitees, gestützt zum Beispiel auf Vertrauensleute und gebildet auf der Grundlage, die auf der Tagesordnung stehenden Forderungen durchzusetzen, hätten es leicht geschafft, die Streiks zu vereinigen, zu vertiefen und auszuweiten, die zu der Zeit in der Stahlindustrie über Rheinhausen und den Tarifvertrag ausbrachen.

Dies fand statt, als es in anderen Bereichen der Arbeiterbewegung ebenfalls eine beachtliche Unruhe gab. ÖTV-Streiks im Januar zu den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst konfrontierten Abschiebeminister Zimmermann. Die Beschäftigten der Bundesdruckerei stoppten anderthalb Wochen lang die Druckmaschinen für Geldscheine und Ausweise und verursachten eine kleinere Regierungskrise. Und es gibt im Moment Streiks in Druckbetrieben gegen den Entwurf zur Steuerreform, der dem Bundestag vorliegt. So hätte die Ausweitung des Rheinhausener Streiks das Signal für die gesamte Arbeiterklasse sein können, den Burgfrieden platzen zu lassen und den Weg zu eröffnen, auf der ganzen Linie weitreichende Errungenschaften zu erzielen.

Die „Linke“ an den Rockzipfeln der SPD

Wenn man die linke Presse liest, kommt man nie darauf, daß dies die reale Möglichkeit ist, Rheinhausen zu erhalten. Diese Ereignisse scheinen an der DKP vorbeigegangen zu sein. Bei einer Konferenz zur „Auswertung“ des Rheinhausener Kampfes (UZ, 16. Mai), auf der ausgerechnet der Verräter Bruckschen sprach, bringt es der Berichtstatter fertig, jegliche Erwähnung der SPD zu unterlassen und nichts als Entschuldigungen anzubieten: Das „Kräfteverhältnis habe nicht erlaubt, den Standorterhalt durchzusetzen“. Die DKP weigerte sich, auch nur einen Finger zu heben gegen die Strategie der SPD/DGB-Spitzen, den Kampf um Rheinhausen in einer Abnutzungsschlacht sterben zu lassen; und sie vertuschete, daß an der IG-Metall-Basis ein Kampf darum tobte, die Macht der Gewerkschaft wirklich zu entfesseln. Kein Wunder, daß diese diskreditierten Sozialdemokraten der zweiten Mobilisierung jetzt nur über die „objektiven Umstände“ der

Fortgesetzt auf Seite 15

Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!